

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 140 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 10/2006 VOM 17. SEPTEMBER 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | »Kitavertrag entsprach 9/10 | Die Kandidaten und ihre
nicht dem Gesetz«
sagt Kreisdezentent Dr. Mocek

Die Kandidaten und ihre
Programme
Bürgermeisterwahl in Eberswalde

16 | Eine Stadt am
Scheideweg
Leitbilddiskussion in Eberswalde

Ruhiges Wetter in Eberswalde

von Dr. Manfred Pfaff

Die bürgermeisterfreie Zeit in Eberswalde ist mit großer Wahrscheinlichkeit vorbei. Gegenwärtig bereiten sich sechs Kandidaten auf die Wahl vor und versuchen die Wähler zu überzeugen. Auch bei geringer Wahlbeteiligung wird einer von Ihnen Bürgermeister, soviel ist sicher und durch das Wahlgesetz garantiert.

Die erwartete Emanzipation der Stadtverwaltung und der Stadtverordneten hingegen läßt sich noch nicht erkennen. Warum fanden sich nur zwei Kandidaten aus ihren Reihen? Wissen sie doch am besten was nicht läuft und besser gemacht werden kann. In Ermangelung klarer Vorgaben arbeiten die Damen und Herren wohl noch im Verborgenen am eigenen Profil. Zukünftig wird es sich nicht vermeiden lassen, Position zu beziehen. Das kommt irgendwann mit Macht. Wir befinden uns sozusagen in der Ruhe vor dem Sturm. Mit dem neuen Bürgermeister brechen zwangsläufig andere Zeiten an.

In Eberswalde bewerben sich bemerkenswert viele Kandidaten für ein augenscheinlich undankbares Amt. Der schmähliche Abgang ihrer Vorgänger hat sie nicht abhalten können. Die Programme der Kandidaten finden Sie im Innern dieser Zeitung. Wir haben versprochen, diese nicht zu kommentieren. Es gehört viel Mut dazu, sich so zu offenbaren.

Sie liebe Leser müssen nun selbst die richtige Wahl treffen. Die große Zahl der Kandidaten weist auf eine gewisse Ratlosigkeit hin, öffnet aber auch Wege für Innovationen. Möge derjenige mit dem besten Konzept und dem feinsten Charakter gewinnen. Man kann einen fairen Wahlkampf der Argumente erwarten. Die übliche Denunziation und Wahlwerbung macht bei sechs Kandidaten keinen Sinn, auch wenn es der eine

oder andere schon versucht hat. Es sind einfach zu viele, die man diskreditieren müßte. Auch wenn alle auf einen eindreschen würden, verbessern sich dessen Chancen nur. Auch helfen die Auftritte der Parteigrößen und Minister und der Verweis auf die Vergangenheit nicht weiter. Mit den Ministern läßt sich gegenwärtig kaum Staat machen. Es bleibt Stadtpolitik und zudem haben die selbst genug zu tun. Und warum der alte Bürgermeister abgewählt wurde, weiß auch kaum jemand zu sagen. Jedenfalls trauern ihm noch viele nach.

Auf den neuen Bürgermeister warten wichtige Aufgaben. Sein Talent

wird sich schon in der Stichwahl zeigen. Wem gelingt es, die Wähler der unterlegenen Kandidaten zu überzeugen? Welche Argumente ziehen sie auf seine Seite? Und nach der Wahl muß er die Stadtverordneten motivieren. Die haben sich an die bürgermeisterfreie Zeit gewöhnt.

Dort hat der neue Bürgermeister auch keine eigene Mehrheit. Da helfen nur gute Begründungen, Kommunikation und Überzeugung weiter. Der Bürgermeister muß seine Ideen erklären, verbreiten und die Stadtverordneten motivieren. Die Herrschaft einzelner Grüppchen in den Hinterzimmern ist wohl endgültig vorbei. Darüber hinaus warten die Angestellten und Beamten der Stadt auf klare Anweisungen, damit sie effektiv arbeiten können. Zum Beispiel kann die Stadtverwaltung nicht noch mehr Aufgaben an den Landkreis oder die Privaten abgeben. Dann würde sie zunehmend überflüssig. Das werden die Angestellten und Beamten wohl kaum wollen. Der neue Bürgermeister wird zuhören und kommunizieren müssen. Warten wir es ab, denn nichts ist unmöglich. Und soviel Zeit muß einfach auch sein.



Kreisverwaltung brüskiert Landesumweltamt

Allee Rüdnitz – Danewitz weiterhin von Fällung bedroht. Was ist das Wort des Beigeordneten Carsten Bockhardt wert?

Mit einem simplen Bauerntrick umgeht die Barnimer Kreisverwaltung die Entscheidung des Landesumweltamtes in Potsdam, daß die Allee Rüdnitz - Danewitz nicht gefällt werden darf. Bei der Umplanung sollen jetzt offenbar so viele »Ausweichtaschen« entstehen, daß dabei mehr als jeder dritte Baum gefällt werden muß. Was ist die Entscheidung des Landesumweltamtes dann überhaupt noch wert?

Ich bin die komplette Allee abgefahren und habe mit Entsetzen festgestellt, daß jetzt über 250 Bäume zum Fällen markiert sind.

Was ist das Wort von Carsten Bockhardt wert? Kürzlich habe ich den Vize-Landrat noch als fairen Sportsmann bezeichnet. Ich bin gerade dabei, meine Meinung zu ändern. Lebte ich in Eberswalde, würde ich ihn unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit nicht ins Bürgermeisteramt wählen. Entweder steht er hier nicht zu seinem öffentlich gegebenen Wort, die Entscheidung des Landesumweltamtes zu akzeptieren, oder ihm ist seine Verwaltung entglitten. Letzteres gilt auch nicht gerade als Kompetenzbeweis.

KARL-HEINZ RÜDNITZER

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 23.10. VOR DEM WESTEND-KINO. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Deutlicher Fingerzeig

So könnte man das Ergebnis der Linkspartei.PDS bei den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern werten. Es war ein sehr deutlicher Fingerzeig der Wählerinnen und Wähler für die Linke. Der Zuspruch, den die rechtsextreme NPD erhalten hat, sollte der Linkspartei sehr zu denken geben.

Daß in Berlin ein schlechteres Ergebnis gegenüber den Wahlen 2001 zu erwarten ist, war fast jedem klar, daß es aber ein so herber Rückgang werden würde, damit haben nur wenige gerechnet. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde mit einem besseren Ergebnis als 2002 gerechnet, auch hier wurde die Linke eines besseren belehrt. Prozentual gab es nur eine leichtere Steigerung, zudem steht jetzt der Gang in die Opposition an.

Klar ist, es darf ein »Weiter so« nicht geben, es müssen Lehren aus den Wahlergebnissen gezogen werden, insbesondere in Berlin.

Hier gilt es, mehr Profil zu zeigen, die Handschrift der Linkspartei.PDS muß deutlich erkennbar sein, die Bürgerinnen und Bürger erwarten kein Anknüpfen an die SPD, nur um in der Regierung zu sein, sondern klare aber realistische, der aktuellen Situation, angepaßten Politik.

Aber dies, ohne im neoliberalen Einheitsbrei mitzuschwimmen, denn dann wird auch die Linkspartei nicht mehr unterscheidbar sein von anderen Parteien, die oft gepriesene linke Alternative ist dann keine mehr. Insbesondere gilt es, immer wieder selbstkritisch zu hinterfragen, ob das eigene Handeln und Tun auch richtig ist, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger. Die Linke sollte zudem auch die Kritik, die von außen kommt, aufnehmen und gründlich analysieren und nicht die Keule der Alternativlosigkeit schwingen. Das ist auf die Dauer ungläubwürdig.

Doch am wichtigsten ist, daß die Linkspartei.PDS ihre soziale Aufgabe wieder ernst nimmt, die Menschen dort abholt, wo sie sind. Jedes Mitglied ist gefordert, sich aktiver ins gesellschaftliche Leben, also in Vereinen, Bürgerinitiativen, Verbänden etc. einzubringen, sich in seinem Wohnumfeld zu engagieren.

Die Menschen müssen merken, daß sie in der Linkspartei.PDS einen Anlaufpunkt haben, wo sie über Sorgen und Nöte sprechen können, wo sie ernst genommen und akzeptiert werden. Dieses Feld darf nicht den Neonazis überlassen werden, die mit ihrer braunen Soße die Gesellschaft vergiften, eben diese sozialen Aufgaben übernehmen und dadurch immer stärker werden. Das muß die Linke verhindern, ein persönliches Gespräch ist oftmals viel mehr wert als Tonnen von bedrucktem Papier.

Die Linke.PDS muß wieder erlebbar sein, nicht nur in Regierungen oder Parlamenten, sondern auf der Straße, vor Ort bei den Menschen in den Städten und Gemeinden!

SEBASTIAN KNOPF, Kreisvorstandssprecher
Linke.PDS Alzey-Worms, Rheinland-Pfalz

Müllverbrennung in Eberswalde

Öffentlichkeit weder vom Unternehmen noch von der Stadtverwaltung informiert

Derzeit läuft beim Landesumweltamt Brandenburg das Genehmigungsverfahren zur Errichtung einer Abfallverbrennungsanlage durch die Firma Theo Steil in Eberswalde. Verbrannt werden sollen jährlich 80.000 Tonnen sogenannte Ersatzbrennstoffe. Dabei handelt es sich um die heizwertreiche Fraktion aus Gewerbe- und Siedlungsabfällen, schadstoffhaltiges Altholz, aber auch um einen großen Anteil an so genannter Shredderleichtfraktion. Diese Abfälle sind stark schwermetall- und chlorhaltig. Bei ihrer Verbrennung stellen sie ein hohes Gefahrenpotential für die Gesundheit der Bewohner im Einzugsbereich der geplanten Müllverbrennungsanlage dar. Bereits im Juni 2006 fand in Eberswalde die erste Vorstellung des

Projektes im Rahmen eines Scopingtermins zur Eröffnung des Genehmigungsverfahrens unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange statt. Dennoch haben bisher weder das Unternehmen noch die Stadtverwaltung die Eberswalder Bürger über das Vorhaben informiert. Daher veranstalteten Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit BUND und NABU am 16. Oktober im Tourismuszentrum des Familiengartens eine Informationsveranstaltung. Nach einem einführenden Vortrag von Klaus Koch, Abfallgutachter vom Büro für Umweltfragen aus Hamburg, bestand die Möglichkeit für Fragen und Diskussion.

KAREN OEHLER, Stadtverordnete B90/Grüne,
Mitglied im Ausschuß Bau, Planung und Umwelt

Panegyriken und Vergeßlichkeit

Daß die aus dem stramm konservativen Ulm gesteuerte Märkische Oderzeitung den Bürgermeisterkandidaten der CDU präferiert – übrigens weitaus geschickter als das konkurrierende Anzeigenwochenblatt – ist für die politisch interessierten Bürger Eberswaldes keine Überraschung. Andere Kandidaten werden in der MOZ nicht verleumdet, wie in dem besagten Werbeblatt. Hier werden bestimmte Dinge einfach verschwiegen. Vielleicht wurde es aber auch wirklich nur vergessen. So wie es beim »Heimatblatt« schon mal vorkommt, daß manche Leserbriefe, wie der von Ioan Blahm, gleich zweimal erscheinen, während andere, weniger passende, im Rundordner verschwinden.

Vergeßlich scheint vor allem Redaktionsleiter Rüdiger Thunemann zu sein. der Ende 2005/Anfang 2006 als talentierter Panegyriker* den vor Gericht gestellten Bürgermeister lobpreiste. Da fand er sich im Einklang mit der Mehrheit der Eberswalder CDU, die noch ein weiteres halbes Jahr den alten Rathauschef mit Treueschwüren überhäufte, bis sich jener mit seiner Alkoholfahrt selber endgültig ausbootete. Erst danach suchte die Eberswalder CDU die Umkehr – was ihr vollständig gelang. Mit Carsten Bockhardt präsentierten die Christde-

mokraten ca. einen Monat vor der Abwahl tatsächlich den ersten Bürgermeisterkandidaten.

Und noch immer schreibt der lokale MOZ-Chef Panegyriken. Jetzt für den CDU-Kandidaten Bockhardt (»Schaffe den Dienstwagen ab« in MOZ vom 6.10.2006). Allerdings unterlief Thunemann bei seiner Lobpreisung Bockhardts ein kleiner Fehler. Der CDU-Kandidat war zwar der erste, aber nicht der einzige der sechs Bewerberinnen und Bewerber, der sich bereits vor der Abwahl des alten Rathauschefs als künftige Alternative anbot.

Am 6. Juli, zehn Tage vor der Abwahl, hatte sich das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« darauf geeinigt, mit Hartwin Schulz einen eigenen Bürgermeisterkandidaten vorzuschlagen. Die entsprechende Meldung erschien in der MOZ am 10. Juli.

Aber vielleicht war ja da der Redaktionsleiter gerade im Urlaub.

KERSTIN HANSEN und LOTHAR SEMRAU

* Panegyriken: in der spätrömischen Kaiserzeit Lobreden auf einzelne Kaiser, deren Taten in schwülstigem Stil verherrlicht wurden. Die Verfasser erhofften davon besondere Ehrungen – d.Red. (KOSSOK, M. u.a.: Römische Geschichte, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1981)

Haushalt 2007 ausgeglichen

Eberswalde (bbp). Dank erhöhter Schlüsselzuweisungen kann Eberswalde künftig von einer etwas entspannteren Finanzsituation ausgehen. Nachdem 2005 der Stadtwerkeverkauf als letztes Mittel dargestellt wurde, die Stadt vom Bankrott zu retten, ist der Haushalt 2007 bereits im ersten Entwurf ausgeglichen. Selbst eine erhöhte Kreisumlage ließe nur den Vermögenshaushalt um ca. 3 Millionen Euro kleiner werden, ohne ein Defizit im Verwaltungshaushalt hervorzurufen. Indes warnen die Finanzexperten der Fraktionen, sich entspannt zurückzulehnen.

In eigener Sache

Wegen organisatorischer Probleme bei unserer Druckerei erscheint diese Ausgabe mit vier Tagen Verspätung. Diese Verpätung wiederum hatte zur Folge, daß in der Redaktion noch eine Vielzahl von Beiträgen eingingen, weswegen der Umfang dieser Ausgabe auf 20 Seiten erhöht werden mußte. Dennoch fanden einige vor allem längere Artikel leider keinen Platz. Daher nochmals die Bitte: Fassen Sie sich möglichst kurz. Für einen Artikel, der eine Spalte der BBP füllen soll, gelten z.B. etwa 2.600 Zeichen (einschl. Leerzeichen) als Richtwert.

GERD MARKMANN, Redakteur

»Dem Antrag der Verwaltung nachgekommen«

Bürgel-Grundschule will keine weiteren Klassen zugunsten des Hortes einbüßen

Eberswalde (bbp). Die Einrichtung des Hortes an der Grundschule »Bruno H. Bürgel« in Eberswalde erfolgte nach Aussage der stellvertretenden Schulleiterin Marlen Panzer reibungslos. Vor den Mitgliedern des städtischen Ausschusses für Schule und Kita, die im September die Grundschule in der Breiten Straße besichtigten, lobte sie die Unterstützung sowohl seitens der Stadtverwaltung als auch von Monika Werner, der Leiterin der Kita »Sputnik«. Damit der Hort eingerichtet werden konnte, seien drei Klassenräume freigezogen worden.

Auf die Frage von Karen Oehler (Grüne/BFB) nach der Perspektive hinsichtlich der Räumlichkeiten und der künftigen Nachfrage sagte Schulleiterin Petra Eilitz, daß die Schulleitung dem Antrag der Verwaltung zwar nachgekommen ist, sie jedoch zukünftig keine

Klassen für die Horterweiterung einbüßen möchte. Das Lehrerkollektiv möchte, daß die »Bruno H. Bürgel«-Grundschule auch künftig dreizügig weiterläuft.

Dem entspricht die Variante 1 des aktuellen Entwurfes des Schulentwicklungskonzepts für die Grundschulen der Stadt Eberswalde mit der Empfehlung, alle fünf Grundschulen wie bisher weiterzubetreiben. Für die Grundschule »Bruno H. Bürgel« werden demnach »2 bis 3 Züge (zunehmend), zuzüglich Förderklassen für Sprachauffällige in den Klassenstufen 1 und 2« festgeschrieben. Die Annahme der Vorschläge der Kreisverwaltung, die in Westend und Mitte Schulkomplexe mit integrierten Grundschulen einrichten will, hätte hingegen zur Folge, daß an der Bürgel-Grundschule ab 2008 weder der Hort noch die Sprachklassen weiterbetrieben werden könnten.

Kreis wollte nur eine Oberschule in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Nach dem Beschluß der Stadt Eberswalde zur Abgabe ihrer vier weiterführenden Schulen an den Landkreis, gab es seitens der Verantwortlichen im Landratsamt offenbar Überlegungen, die Zahl der Oberschulen in Eberswalde auf eine einzige zu reduzieren. Nach Aussage von Kreisdezernent Dr. Jörg Mocek sei ein Hauptziel der Überlegungen zum Schulentwicklungsplan des Kreises, »als Schulträger einen Vorschlag zu unterbreiten, der sowohl die Aspekte der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt, aber auch der inhaltlichen Neuentwicklung eine Chance bietet«.

Dabei habe der Landkreis bei der Errichtung von Oberschulen auch das Elternwahlverhalten berücksichtigt, besonders das an der Goethe-Oberschule. »Die Entwicklung der

Schülerzahlen führte dazu, daß eine Oberschule für Eberswalde – in Form der Goethe-Oberschule – selbst mit einer Erhöhung der Zugänglichkeit nicht ausreichen würde. Daher bestand die Notwendigkeit, eine zweite Oberschule für Eberswalde in die zukünftige Schulentwicklungsplanung mit aufzunehmen.« In diesem Zusammenhang sei der Vorschlag entstanden, »in Eberswalde zukünftig zwei Oberschulstandorte zu errichten«.

Daß bis 2006 vier Oberschulen in Eberswalde existierten, spielte nach den Aussagen von Dr. Mocek bei den Überlegungen im Landratsamt offenbar keinerlei Rolle. Bei den kreislichen Planungen unberücksichtigt bleibt auch die Bedeutung der Schulstandorte für das soziale und kulturelle Leben im Schulumfeld sowie für die Stadtplanung insgesamt.

Hann-Dieter Hartwig:

Neue Chance für Albert-Einstein-Schule

Der Bürgermeisterkandidat der Linkspartei.PDS hat am vergangenen Mittwoch das Brandenburgische Viertel besucht. In Gesprächen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern wurde deutlich, daß viele von ihnen die Aufgabe der Einstein-Oberschule absolut unverstündlich finden. Hann-Dieter Hartwig erklärt dazu:

»Es ist auch für mich nicht nachvollziehbar, daß der größte Stadtteil Eberswaldes auf eine weiterführende Schule verzichten soll. Guter Wille und viel Gemeinschaftssinn sollten es möglich machen, mit dem Modell Schule unter einem Dach eine Schließung zu verhindern.

Die konsequente Umsetzung eines solchen Modells kann in Eberswalde drei Schulstandorte – darunter auch den im Brandenburgischen Viertel – erhalten und langfristig sichern. Grundschule und Oberschule als Einheit sind

auch in Westend und Mitte realisierbar. Wir bieten allen Schülerinnen und Schülern gleichwertige Bedingungen, wenn alle drei Oberschulen dreizügig geführt werden. Die Schülerinnen und Schülern können auch in ihrer vertrauten Lernumgebung bleiben, weil sie von der ersten bis zur zehnten Klasse am gleichen Standort lernen.

Machbar ist ein solches Schulmodell über eine partnerschaftliche Kooperation von Stadt und Kreis. Damit können die Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Eberswalde verbleiben. Ein solcher Verbund belastet auch andere Gemeinden des Kreises nicht zusätzlich.«

Hann-Dieter Hartwig fordert Stadt und Kreis auf, diesen Vorschlag bei der Ausgestaltung des Vertrages zur Übernahme der Oberschulen durch den Kreis zu berücksichtigen.

LUTZ KUPITZ

Stadt als Schulträger

Die Aussage des amtierenden Bürgermeisters Lutz Landmann in der Lokal-MOZ vom 7. Oktober, daß der Landkreis Barnim vor der Übergabe des Vertragsentwurfs zur Übernahme der Eberswalder Oberschulen keinerlei Hinweise zur Idee integrierter Grund- und Oberschulen gab, ist leider symptomatisch für den Umgang der Kreisverwaltung mit den Kommunen. Das beweist ein weiteres Mal, daß die mit knapper Mehrheit beschlossene Abgabe der Oberschulen an den Kreis eine falsche Entscheidung war.

Noch haben die Stadtverordneten Zeit, diese falsche Entscheidung rückgängig zu machen. Noch können sie die Verantwortung über die weitere Entwicklung der Eberswalder Schulen wieder in ihre Hand nehmen. Sie würden gleich ein ganzes Knäuel von Problemen lösen, die erst mit der Abgabeentscheidung entstanden waren. Die Schulentwicklungsplanung könnte wieder mit der Stadtplanung in Einklang gebracht werden und die Diskussionen über eine differenzierte Kreisumlage wären ebenso vom Tisch wie der absehbare Streit zum Übernahmevertrag zwischen Stadt und Kreis.

Inzwischen kann auch die Kostendiskussion entspannter geführt werden. Nach Aussagen des Kreisdezernenten liegen die Kosten der vier Oberschulen aktuell bei 390.000 Euro pro Jahr (MOZ, 26.9.2006). In der Beschlußbegründung zur Schulabgabe vom Dezember 2005 war noch von zusammengerechnet 749.000 Euro die Rede.

Selbstverständlich sollten die vielen Ideen, die im Laufe des Jahres geäußert wurden, auch in die weiteren Diskussionen zur Schulentwicklungsplanung der Stadt einfließen. Dabei gehört die Idee von den integrierten Grund- und Oberschulen bestimmt nicht zu den schlechtesten. Die gemeinsame Trägerschaft der Grund- und Oberschulen durch die Stadt bietet die Voraussetzung, daß über dieses sensible Thema tatsächlich bürgernah und unter Berücksichtigung der Interessen aller Betroffenen entschieden werden kann. Von der Kreisverwaltung kann letzteres, wie sich wiederholt zeigte, nicht erwartet werden.

GERD MARKMANN

Ein Jahr Kooperation

Am 22. September 2005 wurde in der Adler-Apotheke zwischen dem Museum Eberswalde und der Goethe-Oberschule ein Kooperationsvertrag unterschrieben. Das Museum erarbeitete mit den Klassenstufen 7 und 9 Themenschwerpunkte zum Dreißigjährigen Krieg und der Industrialisierung im Finowtal. Für die Zukunft ist vorgesehen, weitere Themen für die Klassenstufen 7 und 10 zu erarbeiten. Die Aufarbeitung regionalgeschichtlichen Themen für den Unterricht konnte das Museum bereits für andere Schulen in Eberswalde nutzen.

BIRGIT KLITZKE

Das falsche Signal

Wann hat man das schonmal erlebt, daß der Kreissportbund während des Wahlkampfes die Kandidaten zur Podiumsdiskussion einlädt? Aber verständlich ist es schon, denn der Wechsel im Bürgermeisteramt läßt bange Fragen aufkommen, wo denn jetzt das Geld herkommt, das für die Sportfinanzierung dringend gebraucht wird. Bisher hatte Exbürgermeister Reinhard Schulz gönnerhaft und großzügig – wenn auch nicht an alle gleichmäßig – angebliche Spenden weitergereicht. Aus der Reaktion der bisherigen Empfänger ist nicht eindeutig erkennbar, ob sich ihr Frust über den Ausfall dieser Art Förderung mehr gegen den falschen Spender richtete oder gegen jene, die den falschen Spender entlarvten.

Die Frage, wie es zu einer »Spendenpraxis« kommen konnte, die jetzt den Staatsanwalt beschäftigt und den Eberswalder Sport in große Unsicherheit stürzt, wurde jedenfalls nicht gestellt. Sofern unerschwinglich die Frage nach Versäumnissen eine Rolle spielte, gab es nur einen Schuldigen, nämlich den abgewählten Bürgermeister. Leichtgemacht!

Zwangsläufig führte die Podiumsdiskussion deshalb zu dem Schluß, wie die MOZ titelte: »Es muß wieder Spenden geben – aber transparent«. Der künftige Bürgermeister soll wieder Spenden sammeln, diesmal ehrlich. Nur, wie soll das gehen? Der alte Bürgermeister hatte, so der Verdacht, entsprechende Gegenleistungen (Stadtwerkeanteilsverkauf) erbracht, die mit hoher Wahrscheinlichkeit größer waren als die »Spenden«. Mit Transparenz sind solche Aktionen nicht zu machen. Wer neue »Spenden« von den künftig Regierenden erwartet, darf sie nicht zu sehr erzürnen. So dachten sicher die Einlader der Podiumsdiskussion. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Die Bürgermeisterkandidaten bekamen Wanduhren als kleine Präsente. Die Zeiger dieser Uhren standen vieldeutig auf »fünf vor zwölf«. Höchste Zeit, neue Spenden zu einbringen, damit es im Sport nicht zwölf schlägt?

Es war mit Sicherheit das falsche Signal. Statt Buhlen um die Gunst der potentiellen neuen Spendenwerber, war konsequente Aufdeckung des Spendenskandals und aller seiner Umstände angesagt. Statt neuer zweifelhafter Spenden ist eine solide Grundfinanzierung des Sportes als gesellschaftliches Anliegen und Teil der Volksgesundheit einzufordern.

ALBRECHT TRILLER

Arbeitskreis Leitbild

Als Reaktion auf das von der Stadtverwaltung vorlegte »Leitbild 2020« wurde in der Linkspartei.PDS Eberswalde ein »Arbeitskreis Leitbild« (AKL) gegründet. Beim Gründungs-treffen verständigten sich die fünf Anwesenden über Arbeitsweise und Inhalte. Grundsätzlich kritisiert wurde die bisher mangelhafte Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern.

GUDRUN MÜLLER

Kreisdezernent Dr. Jörg Mocek:

»Kitavertrag entsprach nicht dem Gesetz«

Eberswalde (bbp). Die Städte Oderberg und Bernau hatten im Frühjahr den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis Barnim zur Übernahme der Aufgabe, die Kinderbetreuung zu gewährleisten, gekündigt. Grund war die mangelnde Finanzierung durch den Landkreis, die deutlich unter den vorgeschriebenen 84 % der notwendigen Personalkosten blieb. Wie Kreisdezernent Dr. Jörg Mocek im September den Mitgliedern des Eberswalder Ausschusses für Schule und Kita erläuterte, sei dieser Vertrag unter der Bedingung abgeschlossen worden, »daß auch alle Kommunen des Landkreises sich an diesem System beteiligen müssen. Das bedeutet: der Austritt einer, zweier oder dreier Kommunen führt automatisch zur Kündigung des bestehenden Vertrags.«

In diesem Zusammenhang erklärte Dr. Mocek: »So würde für Oderberg und die Stadt Bernau die gesetzliche Situation in Kraft treten, also die Erstattung der 84 % der Kosten des tatsächlichen notwendigen pädagogischen Personals.« Für die anderen Kommunen hätte indes die alte Finanzierungsregelung weiter gegolten, die nach Dr. Mocek nicht der gesetzlichen

Situation entsprach. Das Kitagesetz § 12 Abs. 1 gibt den Gemeinden und Ämtern das Recht, sich durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Übernahme der Aufgabe, die Kinderbetreuung zu gewährleisten, zu verpflichten. Dabei sieht das Kitagesetz nicht vor, daß der Kreis den Gemeinden dieses Recht verweigern kann. Ebensovienig ist dem Gesetz zu entnehmen, daß sich alle Gemeinden und Ämter eines Landkreises an solch einem Vertrag beteiligen müssen. Zwingend vorgeschrieben ist allerdings, in diesem Vertrag die Kostenerstattung zu regeln. Der Umfang der Kostenerstattung wiederum ergibt sich aus § 14 Abs. 2 KitaG, d.h. 84 % der notwendigen Personalkosten.



Der Spielplatz der Kita »Spatzennest« im Eberswalder Brandenburgischen Viertel soll zu einem Verkehrsgarten umgestaltet werden. Immer wieder werden zu hohe Kosten zum Vorwand für Kitaschließungen. Wie sich beim »Spatzennest« zeigte, nicht immer zurecht.

Spendenbericht 2006

Tierpark Eberswalde: Mehr als 70 Prozent der Spenden für Sponsorenessen und Wein

Eberswalde (bbp). Auf der StVV-Sitzung am 21. September legte die Stadtverwaltung den Spendenbericht für die Zeit vom 1. Januar bis zum 12. September 2006 vor. In dieser Zeit erhielt die Stadt Eberswalde Spenden in Höhe von 22.100 Euro, davon 16.775 Euro mit einem bestimmten Verwendungszweck. Hinzu kommt ein Spendenbestand aus den Vorjahren von 77.000 Euro, von denen 68.900 Euro einer Zweckbindung unterliegen. Darunter sind auch die 15.000 Euro, die eine Finowfurter Jagdpächtergemeinschaft im Vorjahr erhalten und nach der Verurteilung des ehemaligen Bürgermeisters zurückgezahlt hatte.

Als größter Spendennehmer trat der Bereich Tierpark mit 9.856,83 Euro in Erscheinung, gefolgt vom Familiengarten mit 5.000 Euro. Im Bereich Gemeindeorgane wurden in diesem Jahr, von der erwähnten Rückzahlung der Pächtergemeinschaft abgesehen, kein Spendeneingang verbucht. Schulen, Kitas sowie das Museum konnten sich über gut 4.000 gespendete Euro freuen und 2.870 Euro wurden zur Förderung der Barrierefreiheit in Eberswalde zur Verfügung gestellt.

Der größte Ausgabenposten ging zu Lasten der Spendengelder aus dem Bereich Gemeindeorgane. Von der zurückgezahlten Spende der Finowfurter Jäger wurden am 9. Mai 10.000 Euro an den Jagdverband Eberswalde e.V. für eine Spießsportanlage vergeben. Mit weiteren 1.000 Euro unterstützte die Stadt die Arbeit des Stadtseniorenbeirates. Von der Spende für den Familiengarten wurden ca. 4.800 Euro für Kinderveranstaltungen ausgegeben. Die Goethe-Oberschule gab die 1.325 Euro zweckgebundene Spenden für ihr Jahrbuch aus.

Im Tierpark summierten sich die Spendausgaben auf 3.723,05 Euro. Neben der Prägung eines Barni-Talers für ca. 1.030 Euro werden im Spendenbericht als Ausgabezweck diverse Sponsorenessen (1.705,12 Euro), Wein (537,00 Euro), ein Arbeitessen sowie Speisen und Getränke (181,82 Euro) sowie Ostertaschen und Blumen/Pflanzen (270,19 Euro) genannt. Damit wurden für Sponsorenessen und dergleichen 27,3 Prozent der in diesem Jahr für den Tierpark eingegangenen Spenden verwendet. Auf die Ausgabepositionen bezogen waren es 72,4 Prozent.

Eine lebendige gesellschaftliche Kommunikation

Korruption, Vetternwirtschaft, Filzokratie – darauf beschränken sich die Vorwürfe gegen ex-Bürgermeister Reinhard Schulz. Er hatte es übertrieben, hielt nicht Maß. »In der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise weiß kein Mensch, wo die Ehrlichkeit aufhört und die Prellerei anfängt«, schrieb Friedrich Engels (MEW Bd. 22, S. 501, zitiert nach R. Thiel »Die Allmählichkeit der Revolution«). Es werde nur »immer einen bedeutenden Unterschied machen, ob die öffentliche Gewalt auf Seite des Prellers oder des Geprellten steht«. Lange stand die öffentliche Gewalt und die sog. öffentliche Meinung auf Seiten des abgewählten Bürgermeisters. Vieles wurde toleriert und wäre weiter toleriert worden, hätte es der Gute nicht übertrieben.

Gescheitert ist Reinhard Schulz aber nicht an seinen kriminellen Eskarpaden, gescheitert ist seine überholte Politik, mit der Förderung betonierter Infrastruktur den Wirtschaftsaufschwung herbei investieren zu wollen.

In der »Barnimer Bürgerpost« haben wir seit langem auf dieses Manko der Politik von Reinhard Schulz hingewiesen (z.B. in BBP 5/1998: »Irrige Vorstellungen«, BBP 6/1998: »Schulz im Visier«, BBP 5/2000: »Gescheiterte Politik«, BBP 2/2003: »Zukunft erkennt man nicht, man schafft sie«, BBP 9/2003: »Zeichen der Zeit nicht erkannt« u.v.a.). Reinhard Schulz ließ sich nicht beirren. Er ging seinen Weg – bis zum bitteren Ende. Fraglich ist, ob er sich ins Schicksal drein findet, als alleiniger Sündenbock dazustehen. Diese Frage soll, wie man hört, so manche und manchen umtreiben, die allein aus Angst, der Ex-Bürgermeister könnte aus dem Nähkäst-

chen plaudern, widerwillig noch immer diverse gesellschaftliche Kontakte mit ihm pflegen. So mancher Brocken harrt da noch seiner Aufarbeitung. Sei es der Millionenskandal um den Flugplatz, der seit fast zehn Jahren die Gemüter bewegt, oder so manches Immobiliengeschäft oder, nicht zuletzt, die mit dem Spendenskandal verwobenen Fragen zum Verkauf der Stadtwerkeanteile. Diese Themen werden uns wohl noch einige Zeit beschäftigen.

Doch nun steht erst einmal der »große Neuanfang« auf der Tagesordnung. Klar Schiff zu machen, gehört dazu. Aber nur als eine Aufgabe unter vielen. Wichtig ist vor allem, aus der gründlichen Analyse des Vergangenen, richtige Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Eine Grundlage ist die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunalverwaltung. Die dafür erforderlichen Schritte, wie eine aufgabenorientierte Verwaltungsstrukturreform, eine leistungsorientierte Personalpolitik, die Korrektur von Klientelpolitik sowie die Behandlung der Sanierungsfälle Tierpark und Familiengarten, wurden seit Jahren hinausgezögert (vgl. »Eberswalde und der gordische Knoten«, BBP 11/2004).

Transparenz und mehr Demokratie versprechen alle zur Bürgermeisterwahl am 29. Oktober angetretenen Kandidaten. Auch das ist eine der Grundlagen für den beschworenen Neuanfang. Die Wählerinnen und Wähler werden entscheiden, wem sie da am meisten trauen. Hier sind auch die individuellen Fähigkeiten der Kandidaten gefragt, deren Visionen, deren Führungsqualität und vor allem deren

Vermögen, eine intensive und lebendige gesellschaftliche Kommunikation zu organisieren. Denn die Zeit der sich abwechselnden Elite-Clubs ist vorbei.

Und schließlich kommt es auf die Inhalte der künftigen Visionen an. Werden die alten Konzepte und Leitbilder nur aufgewärmt? Die Kandidaten und Parteien haben ihre Programme bekannt gegeben. Die Wählerinnen und Wähler werden sie gründlich lesen.

Es kommt darauf an, das Erhaltene und das Neuentstandene anzunehmen und das Beste daraus zu machen. Die alte Investitionspolitik des »Fördermittelabjreifens« bedarf keiner Fortsetzung. Statt immer nur neue Straßen, Flug- und Binnenhäfen zu bauen, muß nun endlich auch in den Erhalt und der effektiveren Nutzung des Vorhandenen investiert werden. Bei der Instandhaltung der Schulen, Kitas und auch der Straßen blieb in Eberswalde in den vergangenen Jahren vieles liegen. Bildung, Kultur, Sport und Freizeit sind künftig vorrangige Investitionsfelder. Dabei zählt nicht die Masse des investierten Geldes, sondern was an klugen dezentralen und bürgernahen Stadtstrukturen herauskommt. Statt mit missionarischem Eifer etwas FÜR die Bürger tun zu wollen, gehört das MIT und vor allem DURCH die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Agenda. Womit sich der Kreis schließt zu der erwähnten Notwendigkeit, eine intensive und lebendige gesellschaftliche Kommunikation zu organisieren. Die »Barnimer Bürgerpost« wird auch künftig ein Podium dafür bleiben.

GERD MARKMANN

Umweltwettbewerb für Schulen

»Zukunft in die Schule« lautet der Titel des neuen BUNDjugend Wettbewerbs. Der Jugendumweltverband will mit seinem neuen Wettbewerb Umweltaktivitäten an Schulen fördern.

Sowohl geplante als auch bereits abgeschlossene Projekte können an dem Wettbewerb teilnehmen und eingereicht werden. Wir wollen versuchen, alle Wettbewerbs-Teilnehmer so zu fördern, daß die weitere Projektarbeit unterstützt wird. Die Gruppen, die Projektideen einreichen, werden durch Geld- und Sachpreise sowie durch professionelle Projektberatung unterstützt, die bereits realisierten Projekte erhalten als Preis Naturerlebnisreisen.

Eine thematische Einschränkung gibt es bei dem Wettbewerb nicht. Es können beispielsweise Energie- und Wasserspar-, Müllsammel- und Schulhofumgestaltungsprojekte eingereicht werden. Wir wollen ein möglichst breites Spektrum an Umweltprojekten widerspiegeln.

Alle eingereichten Projekte werden anschließend im Internet veröffentlicht. Die BUNDjugend hofft, daß gute Projekte dadurch von anderen nachgeahmt werden. Der Einsendeschluß für den Wettbewerb ist der 31. Januar

2007. Allerdings sollen sich die Teilnehmer bereits bis zum 31. Oktober angemeldet haben. Die Anmeldeunterlagen können bei der BUNDjugend unter der Telefonnummer: 030/392 82 80 angefordert werden. Weitere Infos gibt es im Internet: www.projekt-z.net.

Für den Wettbewerb konnte die BUNDjugend die Schirmherrschaft des Brandenburger Bildungsministers Holger Ruprecht sowie des Berliner Schulsenators Klaus Böger gewinnen. Zudem wird der Wettbewerb von der Aktion Mensch, dem Deutschen Kinderhilfswerk und der Deutschen Umwelthilfe unterstützt.

Der Wettbewerb ist in die Schul-Umwelt-Arbeit der BUNDjugend integriert. Die BUNDjugend hat sich vorgenommen, an Schulen freiwillige Umwelt AGs aufzubauen und dadurch die Schulen zukunftsfähiger zu machen. Der Jugendverband des BUND unterstützt die Schulen durch ehrenamtliche Mitarbeiter, welche in ihrer Freizeit Gruppen anleiten oder zu Umweltthemen wie zum Beispiel »Zukunft der Energie« Projektstage anbieten.

THORSTEN HAAS, Projektleiter BUNDjugend und Schule, BUNDjugend Berlin/Brandenburg

Demokratie hautnah

Mit dem städtischen Haushalt wird alljährlich über die konkrete Ausrichtung der Kommunalpolitik entschieden. Das wirkt sich direkt auf das Leben der Eberswalderinnen und Eberswalder aus. Doch wer entscheidet darüber? Die Bürgerinnen und Bürger haben keinen Einfluß auf die Verwendung des Geldes der Stadt Eberswalde. Dabei gehört es ihnen ja. So kann es sein, daß Entscheidungen getroffen werden, die gegen ihre Interessen verstoßen, z.B. die Privatisierung kommunalen Eigentums, der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur an unattraktiver Stelle oder soziale Kürzungen. Einige Entscheidungen würde es nicht geben, wenn die Bevölkerung über die Verwendung des Geldes selbst bestimmen könnte.

Es gibt eine realistische Alternative zum Bisherigen: Den Bürgerhaushalt. Erprobt und bewährt in Berlin-Lichtenberg. Darüber wollen wir im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Roter Faden« am 18. Oktober, 19 Uhr, in der Bierakademie nach einer Filmvorführung zusammen mit der Expertin Dr. Petra Brangsch (DIE LINKE. im Bundestag) diskutieren.

CHRISTIAN REHMER, Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Eberswalde

Allee Rüdnitz-Danewitz (zunächst) gerettet

Heimlich, still und leise sollte im Zuge von Straßenverbreiterungsarbeiten der komplette Alleeanhaltbestand an der Kreisstraße 6005 zwischen den Ortschaften Rüdnitz und Danewitz bis zur Landesstraße 29 beseitigt werden. Die Kreisverwaltung Barnim sah es als nicht erforderlich an, die betroffenen Gemeinden sowie den zuständigen Umweltausschuß (A5) des Kreistages über ihr Bauvorhaben zu informieren. Klar ist, daß es sich nicht mehr so bequem regieren läßt, wenn zuviel Kontrolle von kritischen politischen Gremien ausgeübt wird. In diesem Zusammenhang kam wohl auch die parlamentarische Sommerpause ganz gelegen.

Doch wachsame und engagierte Bürgerinnen und Bürger stellten eine breite Öffentlichkeit her und durchkreuzten die »Pläne zur Geheimhaltung«. Analog schaltete sich das Landesumweltamt ein und untersagte schließlich die bevorstehende Umwelt-Barbarei. Diesem Urteil hat sich der Wirtschaftsdezernent Carsten Bockhardt zähneknirschend gebeugt. Balsam für all diejenigen, die den Glauben an die Demokratie sowie die Unabhängigkeit von politischen Instanzen noch nicht verloren haben. Also, manchmal geht doch was!

Der smarte Bockhardt präsentierte sich als sportlicher Verlierer. In Anbetracht des laufenden Wahlkampfes eine einsichtige Entscheidung, denn die frische Rodung von 726 Allee-bäumen wäre für den wirtschaftsnahen CDU-Bürgermeisterkandidaten der Waldstadt Eberswalde sicherlich kein gutes Aushängeschild geworden. Anmaßend war allerdings seine Kritik am Urteil des Landesumweltamtes. Das LUA hat zweifellos die richtige Entscheidung mit Blick auf den gesetzlich verankerten Alleean- und Artenschutz getroffen. Und nicht nur in diesem Sinne. Denn auch die geringe aktuelle und zukünftige Verkehrsbelegung hätte den hohen finanziellen Aufwand für den Straßenausbau nicht gerechtfertigt.

Obwohl dieser Schildbürgerstreich gerade noch verhindert werden konnte, bleibt ein schlechter Nachgeschmack. In der Kreisverwaltung hatte man offenbar keine Skrupel, Verstöße gegen die bestehende Naturschutzgesetzgebung einzuplanen. Mit Hilfe eines in Auftrag gegebenen, unzureichend erstellten Gutachtens des Panketaler Professors Volker Rudolph wurde vorgegaukelt, die Straßenbäume würden sich in einem nicht erhaltungswürdigen Zustand befinden. Die Fachleute des Landesumweltamtes ließen sich davon aber nicht täuschen. Sie forderten zusätzlich das Protokoll der Baumschau vom Juli dieses Jahres an, welches alle Allee-bäume, bis auf eine Linde, als nicht verkehrsfähig auswies.

An dieser Stelle möchte ich allen, die für den Erhalt der Allee gekämpft haben, meinen herzlichen Dank aussprechen! Stefan Stahlbaum (Bündnis 90/Die Grünen Niederbarnim) rief bereits Ende Juli zu einer Protest-E-Mail-



Aktion gegen die Komplettfällung auf. Der Einsatz der grünen Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm mit ihrem an den Präsidenten des Landesumweltamtes gerichteten offenen Brief hatte ein besonderes Gewicht. Verschiedene miteinander korrespondierende, stets aktuelle Weblogs und Informationsforen wie *der-ruednitzer.de*, *hauptstadtblog.de*, *stefan-metze.de*, *ruednitz-journal.de*, *andykroll.de* und *karldietz.de* hielten die Sache am Kochen.

Es war schon erstaunlich, wie viele Verbündete aus dem ganzen Bundesgebiet durch das neue Medium Internet in kurzer Zeit gewonnen werden konnten. Der Protest per Weblog kann de facto als eine neue Dimension der Vernetzung gewertet werden. Gedankt sei den Printmedien wie der Märkischen Oderzeitung, der Berliner Zeitung und der BZ für ihre redaktionelle Begleitung. Geholfen hat auch der rbb mit seiner Redakteurin Frauke Niemeyer, die am 31. August in der Abendsendung »Brandenburg aktuell« einen Bericht über die Alleenproblematik erstellen ließ. Große Unterstützung leistete mein ver.di-Kollege Carsten Zinn als auch Dr. Elvira Kirschstein sowie die Kreistagsabgeordneten Dr. Gert Adler (SPD), Prof. Dr. Jürgen Elsner (PDS) und Dr. Günther Spangenberg (BKB/Freie Wähler). Dem versierten Dendroentomologen Georg Möller danke ich für seinen fachlichen Rat zur Beurteilung des Vitalitätszustandes der Allee. Die Naturschutzorganisation Grüne Liga Brandenburg erklärte sich frühzeitig bereit, gegen die geplanten Baumfällungen auch rechtlich vorzugehen. Ich selbst wollte ursprünglich nur Impulse geben, sah dann aber die dringende Notwendigkeit in der Koordination der Protestaktion. Mit vielen Korrespondenzen konnte ich bundesweit auf die Umwelt-Barbarei aufmerksam machen und so noch mehr Leute sensibilisieren und mobilisieren.

Nach dem Lob sei auch an Tadel nicht gespart: Dieser geht an die Untere Naturschutzbehörde und den Naturschutzbeirat des Landkreises. Beide versagten in ihrer Kontroll- und Beratungsfunktion und wurden zu Steigbügel-

haltern von Entscheidungsträgern in der Kreisverwaltung. Früh eingeknickt sind der Naturpark Barnim und die regional ansässigen Naturschutzverbände. Ihr vorauseilender Gehorsam war kontraproduktiv. So wurde der NABU mit Ausgleichszahlungen und Ersatzpflanzungen geködert, um die vermeintlich notwendigen Fällungen zu legitimieren. Auch die Alleenreferentin des BUND Brandenburg, Silke Friemel, war uns keine große Hilfe. Frühzeitig sah sie ein Engagement als nicht erfolgversprechend an.

Wer aber glaubt, daß mit der Rettung der Allee Rüdnitz-Danewitz das Thema nun vom Tisch sei, der irrt!

Der Vorschlag von Vize-Landrat Bockhardt, die K 6005 in eine Einbahnstraße umzuwidmen läßt den oben geäußerten Eindruck, Bockhardt gebe sich als fairer Verlierer, verschwinden. Soll hier auf plumpe Weise versucht werden, die Einwohner von Rüdnitz und Danewitz gegen die Entscheidung des Landesumweltamtes sowie gegen die erfolgreichen Naturschützer aufgebracht werden?

Inzwischen wurde bekannt, daß neben 60 angeblich bruchgefährdeten Bäumen weitere 150 Exemplare gefällt werden sollen, um Platz für Ausweichtaschen zu schaffen. Zugleich polemisiert Bockhardt wegen der nicht verschwendeten Fördergelder.

Am 10. Oktober sprachen sich die Abgeordneten des Umweltausschusses des Kreistages Barnim einstimmig gegen jede Veränderung an der Baumallee Rüdnitz-Danewitz aus, bevor dieses Gremium nicht über solche geplanten Maßnahmen in einer Sitzung berät und entscheidet. In einem offenen Brief habe ich das Bauordnungsamt mit Nachdruck darauf hingewiesen, sich nicht über das Votum des Umweltausschusses hinwegzusetzen, d.h. mit Fäll- oder Schnittmaßnahmen an der besagten Allee vollendete Tatsachen zu schaffen!

Dr. ANDREAS STEINER

Ein chronologisch aufgebauter Pressespiegel bezüglich der Alleenproblematik Rüdnitz-Danewitz ist auf den Internetseiten der SPD-Finow (www.spd-finow.de) und der Grünen Niederbarnim (www.gruene-niederbarnim.de) einzusehen.

85. Montagsdemo am 9. Oktober:

Urlaub in Polen beim Tanken

»Wir unterstützen unseren Bürgermeisterkandidaten Hartwin Schulz« war das Motto der 85. Montagsdemo im Eberswalde. Geben wir damit unsere Parteiunabhängigkeit auf. Nein! Hartwin Schulz ist nicht Mitglied einer Partei. Er ist auch für Eberswalder Montagsdemo kein Außenstehender, zu dem wir uns irgendwie verhalten, sondern er ist einer von uns – ein aktiver Montagsdemonstrant.

Verabredet war, daß bereits eine Stunde vor Beginn der Montagsdemo nahe dem Demotreff Faltblätter für den Bürgermeisterkandidaten verteilt und mit den Bürgern gesprochen werden sollte. Der Zufall wollte es, daß vor der Rathauspassage schon die SPD mit ihrem Kandidaten aufgezogen war, unterstützt von Bundestagsmitglied Markus Meckel. Dies verdient nur in soweit Erwähnung, als die SPD ihren Infostand unter dem Dach der Rathauspassage aufgebaut hatte. Dafür gab es offensichtlich die Zustimmung des Hausleiters Dr. Hans Mai, gleichfalls SPD-Genosse. In anderen Fällen schickte dieser seine Sicherheitskräfte, um beispielsweise die Verteilung von Flugblättern gegen den Irakkrieg zu unterbinden. Begründung: keine politische Betätigung auf dem Grundstück der Rathauspassage. Bei der 83. Montagsdemo hatte es der Hausleiter von Kaufland in Finow ebenfalls versucht, die Demonstranten vom Grundstück zu verweisen (obwohl auf öffentlich gewidmeter Fläche).

Die von Ute Frey moderierte Kundgebung begann mit der Werbung für die Teilnahme an der Großdemonstration des DGB am 21. Oktober in Berlin. Die Hälfte der 25 Teilnehmer sagte sofort zu. Weitere Teilnehmer können sich bei Albrecht Triller bzw. direkt beim DGB

Uckermark/Barnim zur Mitfahrt mit dem Bus melden (Abfahrtszeiten siehe Seite 16).

Frank Töpfer meldete sich zu den aktuellen politischen Entwicklungen zu Wort. Er beschäftigte sich mit den geplanten verschärften Sanktionen gegen Arbeitslose für den Fall der Ablehnung von Arbeitsangeboten, mit den Debatten um die Senkung des ALG II-Regelsatzes sowie mit der Gesundheitsreform. Die Politiker hätten völlig den Blick für die Realität verloren. Man müsse die Bürgermeisterkandidaten fragen, ob sie die Politik ihrer Parteien im Bundestag mittragen, bzw. was sie dagegen unternehmen wollten.

Bürgermeisterkandidat Hartwin Schulz erläuterte den Demonstranten den Inhalt seines Wahlprogramms. Was bewegt die Menschen, fragte er. »Wird der Jackpot geknackt?«, »Wird Michael Schumacher Weltmeister?« Wen interessiert es, daß Nordkorea einen Atomwaffenversuch unternahm? Wen interessiert es, wer Bürgermeister von Eberswalde wird? Dabei sei doch gerade das wichtig für die Bürger der Stadt. Er stellte sein viertes Flugblatt vor, das eben druckfrisch verteilt wurde, und erläuterte es mit kurzen Sätzen und Beispielen. Sofort sprang der Funke über und es entspann sich eine Diskussion am offenen Mikro. Die bedrückende Situation der Arbeitslosen charakterisierte Günter Ilenz, als er sagte, sein letzter Urlaub sei gewesen, nach Polen zu fahren, um zu tanken. Arbeitslose hätten nicht mehr das Geld, ihre Verwandten zu besuchen, sie müßten sich auf Telefonieren beschränken.

Die nächste Montagsdemo gibt es am 23. Oktober, 16.30 Uhr vor dem Westend-Kino.

Eberswalder Montagsdemo

Forderungskatalog für die Bürgermeisterwahl

Eberswalder Montagsdemo erwartet von den Bürgermeisterkandidaten die öffentliche Erklärung, daß sie im Falle ihrer Wahl zum Bürgermeister von Eberswalde die nachfolgend aufgeführten Forderungen umsetzen. Die Wähler sollten die Kandidaten an diesen Forderungen messen und davon ihre Wahlentscheidung abhängig machen.

- Die Stadt Eberswalde soll nicht nur Beschäftigungsmaßnahmen, bzw. gemeinnützige, zusätzliche Tätigkeiten bereitstellen, sondern sie in eigener Regie bzw. Trägerschaft ausführen. Dazu sollen mit den Betroffenen Bedingungen vereinbart werden, die denen eines Arbeitsverhältnisses möglichst nahe kommen.
- Das Sozialticket soll wieder eingeführt werden. Wenn der Landkreis dazu nicht bereit ist, soll die Stadt ein stadteigenes Sozialticket einrichten.
- Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Eberswalde erfordert, daß die Stadt Aufträge vorrangig an einheimische Firmen vergibt.
- Die Kommunen sollen versicherungspflichtige Stellen schaffen. - Weg mit den Ein-Euro-Jobs. Arbeit soll ein menschenwürdiges Leben sichern.
- Wir fordern mehr wirkliche Demokratie. Transparenz in allen kommunalen Angelegenheiten. Mehr unmittelbare Bürgerbeteiligung.
- Die von Hartz IV und vom Sozialabbau Betroffenen erwarten von der Stadt die Einrichtung eines Beirates bei der Stadt.
- In Eberswalde darf es keine Zwangsräumungen von ALG II- und anderen Leistungsempfängern geben.
- Wir verlangen eine lückenlose Aufklärung des Spendenskandals. Es kann nicht sein, daß für ein Sozialticket kein Geld da ist, aber an der StVV vorbei Hunderttausende nach Gutdünken des Bürgermeisters verteilt werden.

Eberswalder Montagsdemo, 25.9.

84. Montagsdemo am 25.9.

Zweimal war der Demonstrationszug der Eberswalder Montagsdemo schon durch das Leibniz-Viertel gezogen. Am 25. September gab es vor dem Strededt-Haus eine dritte Kundgebung. Etwa 40 Leute fanden sich ein, neben jenen, die als Vorübergehende eine Zeitlang innehielten. Eine große Gesprächsrunde zum Thema Bürgermeisterwahlen in Eberswalde. Im Ergebnis wurden die Wahlprüfsteine der Montagsdemo formuliert.

Auf Reden war diesmal ausdrücklich verzichtet worden. Die offene Diskussion stand im Mittelpunkt. Viele machten von der gegebenen Möglichkeit Gebrauch, um Forderungen an die Bürgermeisterkandidaten zu stellen und »Wahlprüfsteine« zu benennen. Einige Montagsdemonstranten hatten als Teil des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde schon vor Demobeginn gemeinsam mit Hartwin Schulz Gespräche mit Bürgern geführt und für ihren Bürgermeisterkandidaten geworben. Und auch die Kandidatin der Grünen, Karen Oehler, hatte sich eingefunden und nutzte das ihr angebotene offene Mikro.

Frank Töpfer stellte fest, daß keine der Parteien, die jetzt eigene Bürgermeisterkandidaten aufgestellt haben, die Montagsdemonstranten konsequent unterstützt habe – auch seitens der PDS sei dies nur halbherzig geschehen. Manuela Richter meinte, nicht nur der Bürgermeister, sondern eigentlich auch die Stadtverordneten sollten neu gewählt werden. Denn sie seien mit schuld am Spendenskandal. Als wichtigste Aufgabe des neugewählten Bürgermeisters sieht Hartwin Schulz, daß Bürger wieder mitreden können. Damit sie das können, müßten die Bürger umfassend aufgeklärt werden, was denn in der Stadt überhaupt läuft.

Bürgermeisterkandidatin Karen Oehler antwortete auf Kritiken von Frank Töpfer, daß er sie nicht kenne, läge auch daran, weil er nicht ihre Sprechstunden als Ortsbürgermeisterin nutzen würde. Sie habe vielen Bürgern in konkreten Fragen helfen können. Im Falle der Goethestraße habe sie die Bürger zum Widerspruch gegen einen falsch geplanten Ausbau angeregt. Die Schließung von Kitas und Schulen halte sie allerdings für unumgänglich. Abgesehen davon müsse man sich nach Entscheidungen den Mehrheiten in der StVV beugen, auch wenn man mit den Entscheidungen nicht einverstanden ist.

Sieglinde Müller kritisierte, daß in der Stadt zu wenig für Kinder und Jugendliche getan würde. So sollte das Freibad wieder zugänglich gemacht werden, denn das Spaßbad baff sei vielen zu teuer. Auch für die Interessen der Frauen müßte mehr getan werden.

Der Spendenskandal werde verschleppt, statt ihn zügig aufzuklären, meinte Günter Ilenz. Er forderte, daß künftig keine Einzelentscheidungen bei der Spendenweitergabe mehr erfolgen.

Bock(hardt) zum Gärtner

Christdemokrat Carsten Bockhardt ist im Eberswalder Bürgermeisterwahlkampf der Wunsch kandidat der Unternehmer und damit der generell Besserbetuchten. Der Vize-Landrat weiß nur zu gut, daß er die vielen Stimmen der »kleinen Leute« braucht, um ins Eberswalder Rathaus einziehen zu können. Deshalb bedient er sich der Schneidigkeit eines Volks tribunen mit klarer Sprache.

Seine einfache Botschaft im Wahlkampf heißt sinngemäß: Brummt die Wirtschaft, dann geht es den Menschen gut. Wenn dies uneingeschränkt zutreffen sollte, weshalb bauen deutsche Firmen trotz hoher Gewinne massiv Arbeitsplätze ab? Nein, solche Plattitüden kann sich der CDU-Bürgermeisterkandidat schenken. Damit wird er politisch aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger nicht von sich überzeugen können.

Bockhardt will 100 Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung einsparen, natürlich auf »sozialverträgliche Weise«, wie er es so schön verharmlosend formuliert hat. Dabei vergißt der Verwaltungsmann, daß Arbeit die Menschen ernährt und folglich den Wirtschaftskreislauf aufrecht erhält. Für ihn stellt sie aber wohl nur einen Kostenfaktor dar.

Bockhardt will den Dienstwagen des Bürgermeisters abschaffen. Ohne Zweifel weckt dies Sympathien bei den Wählerinnen und Wählern, bringt uns aber, bis auf die paar tausend eingesparten Euro in der Stadtkasse, auch nicht weiter.

Bockhardt hat auch eine ganz tolle »Vision« für Eberswalde. Am Ende seiner Amtszeit soll die Eisenbahnstraße von der Innenstadt bis zum Bahnhof lückenlos voller Einkaufsläden strotzen. Von wem bitteschön soll dieser Konsum denn getragen werden? Von den Niedriglöhnern zusammen mit den 20 Prozent Erwerbslosen etwa? Völlig absurd!

Was hat der Zepernericker in den letzten Jahren als Wirtschaftsdezernent des Landkreises Barnim geleistet, um die regionale Wirtschaft zu fördern und nachhaltig existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen? Abgesehen von sogenannten regionalen Fördervereinen, die an der Ausnutzung von Ein-Euro-Kräften profitieren, fällt mir dazu nicht viel ein. Einflußmöglichkeiten hatte Bockhardt gehabt, sie aber nicht genutzt. Denn dafür fehlt es ihm – wie vielen seiner Vorgänger auch – an Ideen und schlüssigen, tragfähigen Zukunftskonzepten.

Für mich verbreiten Politiker der alten Garde vom Schlage Bockhardt eine beklemmende Muffigkeit. Auch aus den alten Bundesländern sind mir solche Verbal-Strategen bestens bekannt. Da ist Hoffnung hoffnungslos: Sie werden unser Land einfach nicht voranbringen.

Bockhardt zum Eberswalder Bürgermeister zu wählen heißt deshalb, den Bock zum Gärtner zu machen.

Dr. ANDREAS STEINER

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AJA Barnim)

Es geht wunderbarlich zu in Eberswalde

Wunderliches in Eberswalde. Ende Juni erfuhr die Bürger vom Spendenskandal. Hunderttausende Euro flossen auf ein besonderes Haushaltskonto, über das sich der Bürgermeister die alleinige Verfügung vorbehalten hatte. Geld, das als Spende deklariert, aber tatsächlich wohl eine Vorteilmahme darstellte.

Wunderlicherweise sah sich daraufhin die Verwaltung veranlaßt, den Abgeordneten mitzuteilen, daß es seit Anfang Mai einen Rechnungs- und Gemeindeprüfungsbericht gibt, zu dem die Stadt bis Ende September eine Stellungnahme abzugeben hatte. Dieser Bericht umriß das gewaltige Ausmaß des Spendenskandals. Angesichts des anstehenden Bürgerentscheids zur Abwahl des Bürgermeisters wären schnellste Maßnahmen zur Aufklärung des Skandals am Platze gewesen.

Wunderlicherweise beschlossen Rechnungsprüfungsausschuß und StVV, der Verwaltung und den Fachdiensten Zeit einzuräumen, zum Bericht Stellung nehmen zu können. Erst im September beschäftigten sich die Ausschüsse mit dem Spendenskandal bzw. mit Teilen davon, nämlich den haushaltsrechtlichen Fragen. Erst zur StVV am 21. September stand endlich ein Maßnahmenkatalog gegen Korruption und die Stellungnahme zum Prüfbericht auf der Tagesordnung. Damit wurde den Verantwortlichen viel, viel Zeit eingeräumt.

Wunderlicherweise enthält der Maßnahmenplan aber nicht einmal Sofortmaßnahmen, sondern nur Dinge, die erst zu erarbeiten sind. Der Bericht enthält nur Aussagen zu haushaltsrechtlichen Fragen. Eine Bewertung des Umgangs mit Spenden erfolgte nicht. Aus der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses verlautete, der Ausschuß wolle die Spendenaffäre zügig aufklären. Er habe sich für einen schnellstmöglichen Schlußstrich unter die Spendenaffäre ausgesprochen.

Wunderlich ist aber, warum er sich dann so viel Zeit läßt? Nun soll ein Prüfungsergebnis Ende November vorliegen. Fast ein halbes Jahr nach Aufdeckung des Spendenskandals und ein Jahr nach Vorlage der ersten Fassung des Prüfberichtes! Und natürlich soll jetzt auch die Öffentlichkeit Kenntnis von der Aufklärung erlangen. Nachdem der Spendenbericht im Juni zunächst noch nichtöffentlich behandelt werden sollte, stand er am 21. September von vornherein im öffentlichen Teil.

Wunderlich ist aber, daß bei diesem Reizthema zuvor vierzig andere Punkte behandelt werden mußten, ehe die Stellungnahme zum Spendenbericht und der Maßnahmenplan gegen Korruption dran waren. Wer diese Tagesordnung sah, hat sich bestimmt dreimal überlegt, ob er eine solche Sitzung besucht. Eine solche Tagesordnung läßt Willenserklärungen, man wolle die Bürger in die kommunalen Beratungen und Entscheidungen einbeziehen, als Hohn erscheinen. Verantwortlich für die Erstellung der Tagesordnung ist der Vor-

sitzende der StVV. Sind die Rufe nach Beteiligung der Bürger nur Sonntagsreden? Dem folgerichtig von der Fraktion Allianz freier Wähler gestellten Antrag, die Tagesordnungspunkte zum Spendenskandal vorzuziehen, wurde wunderbarlicherweise abgelehnt. Nichtmal die Mehrheit der Fraktion die Linke.PDS war am Vorziehen der Punkte interessiert. In der Hauptausschußsitzung am 7. September, äußerte ein Abgeordneter die Sorge, man dürfe bei der Suche und Bestrafung der Schuldigen nicht zu weit vorprellen, sonst müsse man sich noch bei jemandem entschuldigen.

Wunderlich ist es, daß es nach dem Verlust des 3,25 Mio DM Darlehens an Herrn Brandstetter bis heute keine Konsequenzen gegen irgendeinen Verantwortlichen gab. Ist es nicht auch ein bißchen wunderbarlich,



Harald Kretzschmar: Fingerspitzengefühl!

daß bis heute keine Konsequenzen aus dem Schulz-Prozeß gezogen wurden? In beiden Fällen geht es nicht um strafrechtliche Konsequenzen. Die stehen nur Gerichten zu. Aber die Frage, was falsch gelaufen ist, wie eine solche Situation eintreten konnte, muß zwingend beantwortet werden, wenn Wiederholungen vermieden werden sollen.

Wunderlich ist das alles. Und es wird in Eberswalde sicher weiterhin wunderbarlich zugehen. Vielleicht geht das auf den »großen Sohn« der Stadt zurück, zu dessen Ehren das Kreishaus Wunderlich-Haus heißen soll. Es könnte auch gleich die ganze Stadt mit dem Beinamen Wunderlich-Stadt Eberswalde versehen werden. Schade nur, daß sich auf der Bürgermeisterkandidatenliste keine Frau oder Herr Wunderlich findet. Ein Bürgermeister Wunderlich hätte doch der Stadt alle Ehre gemacht und fände sicher auch bei den Wählern große Zustimmung.

ALBRECHT TRILLER

Die Kandidaten und ihre Programme

Friedhelm Boginski:

Konsequent und mit Ideen

Als Bürgermeisterkandidat habe ich mir konkrete Ziele für die Entwicklung unserer Heimatstadt Eberswalde gesetzt. Konkrete Ziele setzen Ideen und Visionen voraus.

Nach acht Jahren Bürgermeister Boginski soll Eberswalde:

- eine hochmotivierte, bürgerorientierte und unbürokratische Verwaltung haben
- Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger arbeiten über Parteigrenzen hinaus eng zusammen

– Eberswalde hat immer noch 40 000 Einwohner, weil vorhandene Betriebe neue Arbeitsplätze geschaffen haben; weil wir gemeinsam, die Gesundheits- und Tourismusbranche, die Verwaltung, die Politik und die Bürgerinnen und Bürger Konzepte entwickelt haben und diese umsetzen; weil wir den Großraum Berlin als Markt für uns erschlossen haben

Als meine wichtigsten Aufgaben für die Stadt sehe ich:

- die Politikverdrossenheit stoppen
- Vertrauen schaffen
- das Wir-Gefühl stärken

Eckpunkte meines Wahlprogramms sind:

- Verwaltungsumbau im Eberswalder Rathaus, Verwaltung muß bürgernah, freundlich, schnell und unbürokratisch sein
- Verfehlungen müssen aufgearbeitet werden
- alle Stadtteile müssen sich entwickeln können
- der Eberswalder Marktplatz ist das Zentrum für alle
- bestehende Betriebe müssen gefördert, Arbeitsplätze geschaffen werden
- der gesundheitliche und soziale Bereich muß weiter ausgebaut werden
- gemeinsam mit den Nachbarämtern und Verbänden sollte eine Strategie zur Entwicklung eines sanften Naherholungstourismus entwickelt und umgesetzt werden
- das Älterwerden der Bevölkerung sollte als Chance gesehen werden, neue Konzepte auf bewährten Erfahrungen aufzubauen
- das ehrenamtliche Engagement muß staatliche Aufgaben flankieren – dafür muß eine breite Unterstützung aller Akteure geschaffen werden
- Bildung ist eine große Chance für unsere Kinder und Jugendlichen, meine großen Erfahrungen in diesem Bereich möchte ich für Eberswalde nutzen.

Auf dieser und der folgenden Seite können Sie die Selbstdarstellungen der sechs Bürgermeisterkandidat(inn)en lesen. Die BBP-Redaktion hatte ihnen dafür ohne inhaltliche Vorgaben je eine Spalte zur Verfügung gestellt. Die Aussagen von Carsten Bockhardt sind seinem »Programm für Eberswalde«, die von Hann-Dieter Hartwig den »Offenen Worten« entnommen.

Hartwin Schulz:

Gemeinsam mit Ihnen

Das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« hat mich als seinen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl am 29. Oktober nominiert. Gemeinsam mit dem Bündnis vertrete ich die in diesem Wahlprogramm enthaltenen Positionen und Ziele.

Ich möchte als Bürgermeister von Eberswalde, gemeinsam mit Ihnen, und ohne einer Partei verpflichtet zu sein, zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger wirken und bitte Sie dafür um Ihr Vertrauen und ihre Stimme.

Dies sind die Schwerpunkte meines Programms. Das komplette Programm finden Sie unter www.ihr-hartwin.de.

Über allem steht bei mir das Ziel eines tatsächlichen Neuanfangs für Eberswalde. Das ist für mich keine Floskel. Dieser Neuanfang beginnt mit einer tiefgründigen Analyse der Ursachen für den offensichtlichen Demokratieverlust und für die Fehlentscheidungen der letzten Jahre. Das mittelbare und unmittelbare Wohl der Bürger dieser Stadt soll Ausgangspunkt und Ziel meiner Politik sein.

Eberswalde – Stadt der Bürger

Mehr Demokratie durch Transparenz, Bürgernähe und Bürgerbeteiligung. Für eine saubere Politik im Interesse der Bürger. Bürger entscheiden selbst über ihr Geld (Bürgerhaushalt).

Eberswalde – Stadt der Bildung, der Wissenschaft, der Kultur und des Sports

Die Schule muß im Ortsteil bleiben. Nicht das Geld ist der Maßstab, sondern hohe Bildung heißt das Ziel. Schulen und Kitas gehören in städtische Zuständigkeit. Kultur und Sport sind unverzichtbare Teile unseres Lebens.

Eberswalde – ökonomisch gesunde Stadt

Wirtschafts- und Finanzpolitik der Stadt müssen ihre Leistungskraft stärken und Arbeitsplätze schaffen. Ich hole die Wirtschaftsförderung zurück ins Rathaus. Keine Privatisierung kommunaler Aufgaben.

Eberswalde – eine ökologische Stadt

Für Nachhaltigkeit in der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung. Eberswalde muß grüne Stadt bleiben und ein Beispiel für ökologischen Fortschritt geben.

Eberswalde – Perlenkette der Stadtteile

Für eine ausgewogene Stadtentwicklung mit einem attraktiven Zentrum und lebenswerten Stadtteilen. Investitionen auf Stadtteilkern konzentrieren – keine Zersiedelung.

Eberswalde – eine soziale Stadt

Familien, Frauen, Kinder, Jugendliche, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Zugezogene, alle sozialen Gruppen sollen sich in Eberswalde wohlfühlen und integrieren können. Ich trete für die Wiedergewährung des Sozialtickets ein.

Sie erreichen mich über Tel.: 03334/3836816 oder 0170/6290729.

Thomas Engel:

Stadt mit positiven Seiten

Eberswalde ist besser als sein Ruf. Zugegeben, in Eberswalde gab es auch in den letzten Jahren immer wieder negative Nachrichten: Die nicht enden wollende schlechte Situation auf dem Arbeitsmarkt oder die unlängst diskutierte Spendensituation sind nur zwei davon. Aber Eberswalde ist eine Stadt mit vielen Seiten und die allermeisten davon sind positiv. Es nützt niemandem, wenn wir uns selbst schlechter machen als wir sind. Aber es nützt allen, wenn wir das, was wir haben, mit ganzer Kraft und Zuversicht in die weitere Entwicklung unserer Stadt einbringen.

Die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze haben Priorität. Aus meiner Sicht ist dies die entscheidende Voraussetzung, daß sich Eberswalde als lebenswerte Stadt behaupten kann. Dazu gehört für mich auch die Stärkung der weichen Standortfaktoren.

Schwerpunkte aus meinem Wahlprogramm:

Arbeitsplätze: Entwicklung des Wachstums-kerns Eberswalde in der neuen Wirtschaftspolitik des Landes zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Lebensqualität
Flugplatz Finow: Ausdrückliche Unterstützung der Bemühungen der privaten Investoren.

Bildung: Die Oberschulen Mitte und Westend werden durch die Stadt in ihrer pädagogischen Arbeit unterstützt. Grundschulen und Kindertagesstätten werden wohnungsnah erhalten.

Fachhochschule: Die Vernetzung der Fachhochschule mit der regionalen Wirtschaft, der Verwaltung und Schulen muß verstärkt werden.

Kultur: Zoo, ein konzeptionell veränderter Familiengarten, Museum und Stadtbibliothek sind Grundlage, daß Eberswalde als kulturelles Zentrum der Region etabliert wird.

Jugend, Senioren und Sport: Die Arbeit der Jugend-, Senioren- und Sportvereine, -gruppen und -verbände wird nachhaltig unterstützt. Ihre Arbeit wird als unverzichtbarer Beitrag für unser Gemeinwesen gewürdigt.

Gesundheit: Eberswalde wird Zentrum der Gesundheitsregion Barnim. Damit wird die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung verbessert und Arbeitsplätze werden gesichert.

Tourismus am Finowkanal: Der Finowkanal wird als innerstädtisches Naherholungsgebiet und als Wasserwanderweg mit den Anliegergemeinden gemeinsam weiterentwickelt.

saubere Stadt: Vandalismus und Graffiti-schmierereien werden in Zusammenarbeit mit der Polizei Einhalt geboten. Schandfleck (Brauereirüne, Reifenlager Nordend) werden beräumt.

Stadtteile: Altstadt soll attraktives Zentrum werden. Die anderen Ortsteile werden entsprechend ihrem Charakter weiterentwickelt.

Haushaltskonsolidierung: Durch eine konsequente Haushaltskonsolidierung kann Eberswalde auch in Zukunft gestalten können.

Die Kandidaten und ihre Programme

Karen Oehler:

Zusammenarbeit ist A und O

Als Bürgermeisterin würde ich einen grundsätzlich anderen Politikstil verfolgen, als es mein Vorgänger tat. Ehrlichkeit und Offenheit in allen Fragen und zwar von Anfang an sind das beste Mittel, um möglichst viele einzubeziehen und zu guten Lösungen zu kommen. Teamgeist muß in der Stadtverwaltung zum Motor werden. Beschlüsse sollten mit den entsprechenden Fachplanungen konform gehen, aufeinander aufbauen und Kontinuität erkennen lassen. Das Wohl der Stadt muß über Einzel- und Parteiinteressen stehen.

Eberswalde hat viel Potential und besitzt gute Entwicklungschancen. Um diese zu nutzen, ist es Aufgabe von Bürgermeister/in und Stadtverwaltung, die entsprechenden Bedingungen zu schaffen und vor allem das Image der Stadt zu verbessern. Das kann nur über das Herausarbeiten der Stärken Eberswaldes geschehen. Hier ist an erster Stelle die Fachhochschule zu nennen. Mit 1.500 Studenten und 170 Mitarbeitern ist sie ein sehr wichtiger Faktor für die Stadt und ihre Ausstrahlung. Die gute Zusammenarbeit mit der FH gilt es daher fortzusetzen und zu vertiefen. So kann Eberswalde zum Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe werden.

Eberswalde ist ein regionales Gesundheitszentrum und ein attraktiver Wohnstandort mit herrlicher Umgebung. Die Gesundheitsbranche stellt mit rund 3.000 Beschäftigten den wichtigsten Arbeitgeber der Stadt dar. In der weiteren Förderung dieses Sektors, zum Beispiel über die Schaffung entsprechender Netzwerke, und der Schaffung attraktiver, altersgerechter Wohnmöglichkeiten sehe ich eine Chance, dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken. Natürlich muß es ebenso gelingen, junge Menschen, insbesondere junge Familien in der Stadt zu halten. Dazu sind Arbeitsplätze und gute Betreuungsangebote für Kinder notwendig. Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen. Aber für Industrie, Handwerk und Gewerbe möglichst günstige Bedingungen zu schaffen und als kompetenter Dienstleister aufzutreten, ist Aufgabe höchster Priorität für den/die Bürgermeister/in und die Verwaltung.

Gute Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten sind ein wichtiger Faktor für die Attraktivität einer Stadt. Mein Ziel wäre es, in diesem Bereich möglichst schnell wieder Ruhe und Planungssicherheit für Eltern und Lehrer zu erreichen.

Ein ständiges Problem ist der Verkehr in Eberswalde. Hier muß auf der Grundlage der neuesten Untersuchungen ein tragfähiges und relativ kurzfristig umzusetzendes Konzept erstellt werden.

Carsten Bockhardt:

Programm für Eberswalde

Aus über 16 Jahren ununterbrochener erfolgreicher Führungstätigkeit im Öffentlichen Dienst und guten Kontakten zu Ministerien, Kreisverwaltungen und Fördermittelgebern möchte ich mit Ihnen Pluspunkte und Prozen- te für Eberswalde sammeln.

1. Priorität: Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze schaffen, Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften stoppen

Die Wirtschaftsförderung muß zentraler Punkt der Politik sein. Für Arbeit und damit Wohlstand und soziale Sicherheit muß der Bürgermeister mit seiner Verwaltung die positiven Kräfte dieser Stadt bündeln. Die Stadt muß attraktiv für die gereiften, bis ins hohe Alter aktiven Menschen sein. Eberswalde hat gute Voraussetzungen für ein gutes Gesundheitsnetzwerk, ein beliebtes Wohn- und Dienstleistungszentrum und soll ein beliebter Erholungsstandort werden. Ein weiterer Bevölkerungsrückgang darf nicht hingenommen werden. Ideen und Visionen müssen dem entgegen wirken.

2. Priorität: Sicherstellung der Finanzierungen

Die Finanzierung der Leitbilder und Konzepte soll durch Ausgabenreduzierungen und Einnahmeerhöhungen erreicht werden. Diese Eigenmittel dienen der Kofinanzierung für Fördermittel.

3. Priorität: Ehrenamt stärken und Bürgernähe praktizieren

Damit die Stadt weiterhin eine erfolgreiche Entwicklung nehmen kann, soll die Motivation für das Engagement vieler Bürger in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen gefördert werden. Jährlich werden Veranstaltungen zur Würdigung ehrenamtlich Tätiger in Kultur, Sozialem und Sport durchgeführt.

4. Priorität: Die städtische Verwaltung entbürokratisieren und die Motivation der Mitarbeiter optimieren

Eine schnelle und Bearbeitung der Anträge muß das Markenzeichen der Verwaltung sein. Identifikation und Motivation der Verwaltung wird gefördert, wenn den leistungsstarken Mitarbeitern Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden.

5. Priorität: Sozial-, Bildungs-, Kultur und Sportangebote verbessern

Auch den Schwächsten muß die Teilnahme am Arbeitsprozeß ermöglicht werden. Die Bildungsqualität soll erhöht werden, damit den Anforderungen der Wirtschaft und der Betriebe entsprochen werden kann. Daher muß der Anteil von Gymnasialabgängern erheblich erhöht werden. Zur Förderung der Kultur und des Sports müssen die verschiedenen Schwerpunkte gebündelt werden, um sie weiterhin zu finanzieren.

Hann-Dieter Hartwig:

Das Herz schlägt links

Ja, ich will! Eine ungewöhnliche Wahlaussage. Aber sie sagt genau das aus, worauf es für viele Bürgerinnen und Bürger ankommt: Sie wollen und brauchen einen Bürgermeister, der eine praktisch unzerbrechliche Beziehung mit der Stadt und ihren Menschen eingeht. Sie haben das Recht auf einen Bürgermeister, der das Versprechen abgibt und auch hält, immer für die Stadt da zu sein, die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu vertreten.

Ja, ich will! Das ist schon so etwas wie ein Eheversprechen. Das ist ein vorbehaltloses Bekenntnis zu Eberswalde. Hann-Dieter Hartwig wird unvoreingenommen an die Probleme der Stadt herangehen. Es geht nicht darum, was alles nicht geht. Es geht darum, wie etwas, was die Bürgerinnen und Bürger wollen, auch durchgesetzt werden kann. Er ist ein Mann aus der Wirtschaft. Wohl keiner der anderen Kandidaten hat sich in den letzten Jahren mit dem Erwirtschaften von Geld wirklich beschäftigen müssen. Sie alle haben es nur ausgeben dürfen.

Natürlich wird ein Bürgermeister, der sich erfolgreich als Führungskraft in einem großen Versandhauskonzern bewiesen hat, auch ein gutes Gespür für die Interessen der Wirtschaft haben. Denn Eberswalde braucht Arbeits- und Ausbildungsplätze dringender denn je. Eine gesunde regionale Wirtschaft ist auch die Quelle, aus der die Bürgerinnen und Bürger der Stadt langfristig schöpfen können. Ob Bildung, Kultur oder Sport – auf den Staat allein, das wissen Sie alle, können wir schon längst nicht mehr bauen. Hann-Dieter Hartwig will den Haushalt sanieren. Das muß gelingen, sonst verliert die Stadt ihre Handlungsfähigkeit. Deshalb braucht es einen wirtschaftlich denkenden Bürgermeister. Einen, der mit Zahlen umgehen kann. Einen, der sachlich rechnet und dabei die Interessen der Menschen nicht aus den Augen verliert. Einen, der bei heutigen Entscheidungen schon an das Morgen denkt, sonst hat die Stadt keine Zukunft.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollen Entscheidungen maßgeblich mit beeinflussen können. Sie können das über die von ihnen gewählten Stadtverordneten. Sie sollen das darüber hinaus viel intensiver als bisher über die Ortsteilvertretungen tun können. Sie sollen Bürgermeister und Stadtverwaltung kontrollieren können. Deshalb soll es regelmäßige öffentliche Rechenschaftslegungen geben.

Das Rathaus soll gläsern, offen, durchschaubar sein, das will der Bürgermeisterkandidat der Linkspartei.PDS. Wer ihn im Wahlkampf getroffen hat, kennt die Situation: »Ich will ihr Bürgermeister sein, wie würden sie sich denn einen Bürgermeister wünschen?«, fragt er die Menschen. Und dann: »Was müßten wir anders machen und was würden Sie selbst dafür tun?«

Ökologische Wahlprüfsteine der AG Umwelt

Eberswalde (bbp). Die AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim und das Energiesparkontor Barnim haben im Vorfeld der Eberswalder Bürgermeisterwahlen an alle sechs Bürgermeisterkandidaten acht Fragen zu ökologischen Themen verschickt. Bei den nachfolgenden Antworten kommen die sechs Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge zu Wort. Den Kandidaten wurden für ihre Antworten keine Begrenzungen vorgegeben. Leider steht nur ein begrenzter Platz zur Verfügung, so daß Kürzungen vorgenommen werden mußten. Die vollständigen Antworten stehen im Internet unter »http://bbp.aki-stuttgart.de/index.php/Oekologische_Wahlpruefsteine« zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Welche Bedeutung hat für Sie der Ausbau des Flugplatzes Finow für die nachhaltige Entwicklung der Stadt Eberswalde?

Friedhelm Boginski (F.D.P.): Der Ausbau des Flugplatzes hat für mich keine zentrale Bedeutung. Ich bejahe den Ausbau, will dafür aber nur minimale öffentliche – insbesondere Eberswalder – Mittel einsetzen. Sollte dem Flugplatz in Zukunft eine nennenswerte wirtschaftliche Bedeutung beschieden sein, so obliegt es in erster Linie der Wirtschaft, die dafür notwendigen Mittel zu mobilisieren. Ich erwarte nicht, daß das Flugplatzumfeld in größerem Maße Gewerbeansiedlungen anzieht... Es liegt aber nicht im Eberswalder Interesse, eine eventuelle Entwicklung des Flugplatzes zu behindern...

Carsten Bockhardt (CDU): Der Flugplatz Finow war und ist für die wirtschaftliche Entwicklung von Eberswalde und Umgebung wichtig. Diese Entwicklung soll in Zukunft verstärkt werden. Der Vorteil dieses Flugplatzes liegt darin, daß angrenzende Flächen für Gewerbe, welche auf Flugbewegungen und Autobahn angewiesen sind, zur Verfügung stehen. Die Grenzen des weiteren Ausbaues werden von der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg vorgegeben...

Thomas Engel (SPD): ... In der Entwicklung des Flugplatzes Finow liegt für unsere Stadt die Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht nur im direkten Bereich des Flugbetriebes, sondern auch für andere Gewerbeansiedlungen. Der Flugplatz verschafft der Stadt Eberswalde einen großartigen Infrastrukturvorteil gegenüber anderen Kommunen. Ich werde die Bemühungen privater Investoren ausdrücklich unterstützen, weil hier ohne kommunales Investitionsrisiko Arbeitsplätze geschaffen werden können. Im Zusammenhang ... weise ich auf die Notwendigkeit des Ausbaus der Telekomstraße sowie der Biesenthaler Straße hin.

Hann-Dieter Hartwig (Linkspartei.PDS): Ich bin für einen Ausbau des Flugplatzes Finow. Infrastrukturelle Vorhaben dieser Größenordnung werden nie unumstritten sein. Umso wichtiger ist eine Interessenabwägung aller Betroffenen. Für eine solche Herangehensweise stehe ich.

Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne): Ich beurteile die Pläne zur Erhöhung der Startmasse auf 85 t als völlig unrealistisch. Für Wohngebiete in Eberswalde ... und in Umlandgemeinden käme es ... zu erheblichen Steigerungen der Lärmmission... Das kann nicht der Preis für eine vague vorhergesagte, nicht belegbare Wirtschaftsentwicklung sein! Eine nachhaltige Entwicklungsstrategie von Eberswalde und des Umlandes besteht im Ausbau des Wohn-, Gesundheits- und Bildungsstandortes. Auch für

sogenannte Billigflieger sehe ich in Finow keinen Markt... Eine zusätzliche Ansiedlung von Industrie- bzw. Gewerbe auf dem Flugplatzgelände steht im Widerspruch zu anderen Entwicklungsfähigen Standorten in Eberswalde...

Hartwin Schulz (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde): Ein Ausbau des Flugplatzes Finow, über einen Verkehrslandeplatz hinaus, hat für mich, die Stadt Eberswalde und die Region keine Bedeutung! Wohl noch immer geistern durch unsere Stadt die Visionen des unrühmlichen Österreichers. Ein tragbares ökonomisches Konzept fehlt bis heute. In den vergangenen Jahren haben sich zudem Menschen in der Einflugschneise angesiedelt. Ein Ausbau ist schon für die Anwohner/innen nicht zumutbar. Es muß Schluß sein mit den Versprechungen und den Enttäuschungen, daß durch den Ausbau ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor entsteht.

Wie beurteilen Sie das Eberswalder Radwegenetz, wie kann es entwickelt werden?

Boginski: Das Eberswalder Radwegenetz erfüllt trotz einiger Verbesserung in den vergangenen Jahren bei weitem nicht meine Erwartungen. Das Fahrrad verbindet als Verkehrsmittel zwei Vorteile, die kein anderes Verkehrsmittel aufweisen kann: Fahrradfahren leistet einen Beitrag zur persönlichen Gesundheit und ist unschlagbar günstig bezüglich der Energiekosten... Aus diesen Gründen befürworte ich den Ausbau des Radwegenetzes und werde die damit verbundenen Aspekte verstärkt in die Bauplanungen einbringen. Ferner stellt ein funktionierendes Fernradwegenetz eine wichtige Komponente der touristischen Entwicklung dar...

Bockhardt: Das Eberswalder Radwegenetz entspricht nicht den Erwartungen von Radfahrern, die alternativ zu den öffentlichen Verkehrsmitteln, zum Auto oder einfach nur zum Spaß radeln wollen. Selbst der Treidelweg könnte an einigen Stellen besser ausgeschildert sein. Die Verwaltung muß im Rahmen der Verkehrskonzeption sich diesem Thema annehmen.

Engel: Das Eberswalder Radwegenetz kann und soll weiter ausgebaut werden. Hierbei muß vor allem auf eine durchgängige Streckenführung geachtet werden. So müssen die Clara-Zetkin-Siedlung, Tornow und Sommerfelde schnellstmöglich an das Radwegenetz angeschlossen werden... Das Radwegenetz hat nicht nur enorme Bedeutung für den innerstädtischen Individualverkehr, sondern auch für unsere Stadt als touristischer Anziehungspunkt. Hier muß auf die Vernetzung mit dem Umland gleichermaßen, wie auf die Vernetzung mit dem Wasserwandertourismus geachtet werden.

Hartwig: Unstrittig ist, daß auf diesem Gebiet bereits einiges erreicht ist... Aber es besteht

auch noch Ausbaubedarf. Und das unter ökologischen, verkehrstechnischen und touristischen Gesichtspunkten. Die Ortsteile müssen besser verbunden und vorhandene Lücken zwischen Radwegen im Innenstadtbereich geschlossen werden. Nicht vergessen werden darf dabei die Instandhaltung der vorhandenen Radwege.

Oehler: Entlang der Hauptverkehrsstraßen verfügt die Stadt über ein Radwegenetz, das allerdings nicht durchgängig ist. Die Nebennetzstraßen sind für Radfahrer überwiegend unattraktiv. Vor allem in den zentralen innerstädtischen Lagen besteht großer Handlungsbedarf... Radfahrer fühlen sich auf den Straßen unsicher und nutzen die Gehwege... Das kürzlich überarbeitete »Verkehrskonzept Innenstadt« ist schnellstmöglich um die Bestandteile »Radverkehr« und »Fußgängerverkehr« zu erweitern... Überregionale touristische Radwege müssen besser mit dem Stadtzentrum verknüpft und unliegende Orte noch besser über straßenbegleitende Radwege angebunden werden. In der Stadtverwaltung sollte es einen direkten Ansprechpartner für Probleme des Radverkehrs geben!

Schulz: Ich wohne im Eberswalder Radfahrerstadtteil, dem Brandenburgischen Viertel. Hier sind die Bedingungen für das Radfahren ideal und darum wird das Radfahren viel genutzt, vor allem auch von Kindern. Wo das Radwegenetz stimmt, wird das Fahrrad auch genutzt. Das ist in den anderen Stadtteilen von Eberswalde so noch nicht der Fall... Die Sicherheit mit dem Fahrrad zu fahren, ist darum mit einem Verkehrskonzept insgesamt zu verbinden. In der Stadtverwaltung sollte ein Radwegeverantwortlicher eingesetzt werden... Neben dem weiteren Ausbau darf die Instandhaltung nicht vergessen werden. Völlig unverständlich bleibt, warum weiterhin – mitten auf neu gebaute Radwege – Masten für Ampeln u.a. gesetzt werden.

Welche Bedeutung hat für Sie der StV V-Beschluß, in welcher sich Eberswalde als »genteknikfreie Kommune« bezeichnet? Wie sollte der Beschluß umgesetzt werden?

Boginski: Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sind für die Stadtverwaltung bindend und insofern ist der genannte Beschluß natürlich auch für mein Handeln maßgeblich. Bei der Umsetzung des Beschlusses ist zu beachten, daß es letztlich den Landwirten obliegt, nach diesen Prinzipien zu handeln...

Bockhardt: Der Beschluß enthält einen klar formulierten Auftrag und drückt den mehrheitlichen politischen Willen der Stadtverordneten aus und kann deshalb von der Verwaltung umgesetzt werden.

Engel: Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sind für einen Bürgermeister bin-

bürgermeisterwahl

dend. Deshalb und weil ich will, daß unsere Bürgerinnen und Bürger gesunde Lebensmittel konsumieren können und unsere Kinder nicht unter den Folgen der Risiken der Gentechnologie leiden müssen, stehe ich hinter dem Beschluß zur »Gentechnikfreien Kommune«. Allerdings werde ich als Bürgermeister nur begrenzte Möglichkeiten ... haben. Eine Möglichkeit ist, den Anbau ökologischer Nahrungsmittel zu stärken, indem stärker regionale und ökologische Lebensmittel auf dem Eberswalder Wochenmarkt vermarktet werden...

Hartwig: Eberswalde ist die zweite Kommune in Ostdeutschland, die diesen Titel trägt. Darauf können wir stolz sein. Nun muß dieser Beschluß mit Leben erfüllt werden. Dazu gehört es, mit den Landwirten aus Eberswalde und Umgebung ins Gespräch zu kommen und mit Ihnen darüber zu reden, ob und wie das Merkmal »gentechnikfreie Kommune« ihnen als verkaufsförderndes Instrument dienen kann.

Oehler: Der Beschluß ist inhaltlich zu begrüßen, da heute die Gefahren, die von gentechnisch veränderten Pflanzen ausgehen, nicht bekannt sind... An der Umsetzung müßte jedoch intensiver gearbeitet werden. Vor allem durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit kann die Stadt ihre Haltung gegenüber den Bürgern zu Problemen der Gentechnik vertreten und so auf Firmen wie »Märka« Einfluß nehmen. Mit »Märka« sollte die Stadtverwaltung dringend Gespräche aufnehmen, um nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen und so dem Votum der Stadtverordneten gerecht zu werden.

Schulz: Als »gentechnikfreie Kommune« solidarisiert sich Eberswalde mit der umliegenden ländlichen Region. Gentechnikfreie Produkte könnten Bestandteil einer weithin bekannten Regionalmarke werden. Solange die Gentechnik durch große Konzerne bestimmt wird, die Folgen nicht ausreichend untersucht werden und gegebenenfalls Bauern in Abhängigkeiten geraten, werde ich die Technik nicht unterstützen. Als Bürgermeister werde ich darum Kontakt zu den MÄRKA-Gesellschaftern suchen.

Wie stehen Sie zur Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde im Klimabündnis und welche spezifischen Maßnahmen wollen Sie für unsere Stadt umsetzen?

Boginski: Die ehrgeizigen Ziele des Klimabündnisses bieten die Möglichkeit, den Einsatz alternativer Energien und moderner Technologien der Energieeinsparung voran zu treiben. Hier sind prinzipiell alle Bereiche der Verwaltung gefordert, Möglichkeiten in ihrem Bereich offen zu legen, wo alternative Energien eingesetzt werden können und wo (Energie-)Einsparpotential brach liegt. In diesem Zusammenhang wirkt sich positiv aus, daß die Stadt Anteile der Stadtwerke abgegeben hat, da nun Energieeinsparung nicht gleichzeitig Umsatzverlust eines stadteigenen Unternehmens bedeutet.

Bockhardt: Die Stadt konnte für 2006 den Beitrag von 250 Euro nicht aufbringen. Dieser Beitrag wurde durch Spenden aufgebracht. Bevor der neue Bürgermeister sein Amt antritt, ist der Haushalt 2007 bereits verabschiedet. Wie die

Finanzen 2008 stehen, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Unabhängig von der Mitgliedschaft stehe ich zu den Inhalten des Klimabündnisses. Einzelmaßnahmen können sein: Wettbewerb bei der Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden; wenn die gesetzlichen Möglichkeiten es zulassen, einen Tag im Jahr, wo die Radfahrer in der Stadt gegenüber den Autos Vorfahrt haben; Photovoltaikanlagen auf Dächern der WHG und auf öffentlichen Gebäuden; Energieberatung für die für die Immobilien Verantwortlichen in der Verwaltung; Bildungsoffensive an städtischen Schulen; planmäßiger Austausch einzelner Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks gegen Erdgasfahrzeuge.

Engel: Die Mitgliedschaft im Klimabündnis ist sinnvoll, um im Schulterschuß mit anderen die Anstrengungen zum Klimaschutz zu vermehren. Konkret muß bei Baumaßnahmen auf die Einhaltung der Richtlinien zum energiesparenden Bauen geachtet werden. Übermäßigem Energieverbrauch soll durch investive Maßnahmen entgegengetreten werden, wenn dies ... ökologisch sinnvoll ist... Eberswalde kann und muß Zentrum für alternative Energien werden. Mit dem Holzkraftwerk und den schon jetzt erfolgreich arbeitenden Firmen in der Solarbranche und anderen alternativen Energieproduzenten sind die Grundlagen dafür gelegt.

Hartwig: Die Mitgliedschaft im Klimabündnis kostet 250 Euro. Diese werden aktuell allerdings nicht von der Stadt, sondern durch Spenden beglichen. Das ist für die Stadt blamabel und sollte im Haushalt 2007 korrigiert werden. Das Klimabündnis bringt Eberswalde viele gute Anregungen für den kommunalen Klimaschutz. Mit der Nutzung der WHG-Dächer durch Solaranlagen geht die Stadt beim Klimaschutz mit gutem Beispiel voran. Aber auch auf den städtischen Dächern ist noch viel Platz. Wichtig wäre, die vielen Initiativen konzeptionell zusammenzufassen und umfassend zu fördern.

Oehler: Das Klimabündnis ist aus meiner Sicht aus dem Verständnis dafür, daß die gesamte Menschheit für den Schutz unserer Umwelt Verantwortung trägt, geboren... Der Klimaschutz muß zu einem selbstverständlichen Anliegen bei Bauvorhaben und Sanierungsmaßnahmen werden. Die Stadt muß dabei Vorbild zu sein... Als das zu entwickelnde Alleinstellungsmerkmal der Stadt Eberswalde, vor allem auch in Zusammenarbeit mit der FH, sehe ich die Profilierung der Stadt als Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe... Dachflächen städtischer Gebäude können für die Installation von Solaranlagen bereitgestellt werden. Heizungsanlagen sollten, wo es technisch und wirtschaftlich möglich ist, auf Holzbasis umgestellt werden. Ein möglichst geringer Energieverbrauch ist ein Hauptkriterium für neu anzuschaffende Geräte. Der Fuhrpark der Stadt ist schrittweise auf energieeffizientere Fahrzeuge umzurüsten.

Schulz: Mit dem Austritt aus dem Klimabündnis hat sich Eberswalde blamiert! Ich danke den Vereinen, die unsere Ehre gerettet haben... Klimaschutz ist nicht nur eine Frage von 250

Euro Beitrag, sondern eine Zukunftsfrage für die nachfolgenden Generationen. Nach meiner Wahl wird es sofort einen Eberswalder ökologischen Runden Tisch geben. Alle städtischen Maßnahmen sollen zukünftig auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden. Der Klimaschutz sollte unter den Einwohnerinnen und Einwohnern wieder stärker ein Thema werden. Die Stadt Eberswalde sollte sich, zu einem Messezentrum für eine ökologische Zukunft in Brandenburg entwickeln... Ich trete für die Einrichtung eines städtischen Zukunftsfonds ein, der Maßnahmen zur Gewinnung und Ersparnis von Energie fördert.

Welche Schritte wollen Sie einleiten, Anteile der Stadtwerke zurückzukaufen?

Boginski: Keine. Der Rückkauf von Anteilen der Stadtwerke liegt nicht im Interesse der Stadt. Die enge Verbindung von kommunaler Körperschaft und Wirtschaftsunternehmen führt immer wieder zu Interessenkonflikten bei den Verantwortungsträgern. So ist erfahrungsgemäß die Versuchung groß, in solchen Unternehmen freie Stellen mit Politikern zu besetzen, die sich aus der Politik zurückziehen (müssen)...

Bockhardt: Ich sehe aus finanzieller Sicht keine Möglichkeit, Anteile der Stadtwerke zurückzukaufen. Eine Aufnahme von Schulden zum Kauf dieser Anteile lehne ich ab.

Engel: Als Sozialdemokrat stehe ich für eine verlässliche und berechenbare Kommunalpolitik. Aus diesem Grunde werde ich keine Schritte einleiten, um demokratische Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung rückgängig zu machen...

Hartwig: Mit dem Spendenskandal müssen auch die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile der Stadtwerke und die Chancen auf Rückabwicklung des Verkaufs geprüft werden. Die Verschönerung von öffentlichem Eigentum als der ökonomischen Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung lehne ich grundsätzlich ab. Ob im konkreten Fall ein Rückkauf möglich ist, muß sich zeigen...

Oehler: Der Beschluß zum Verkauf der letzten 25% Anteile der Stadtwerke ist mehrheitlich gefaßt worden, auch wenn meine Fraktion nicht dafür gestimmt hat. Damit hat die Stadt auch ihre Einflußmöglichkeit auf einen wichtigen Arbeitgeber vor Ort aus der Hand gegeben. Weiterhin wurde durch den Verkauf auf ein bedeutendes Zukunftspotential (Wertschöpfungsprozeß im Energiebereich) freiwillig verzichtet. Bei einer realistischen Betrachtung erscheint der Rückkauf im Augenblick aus meiner Sicht nicht möglich zu sein...

Schulz: Der Verkauf der Anteile ... ist wahrscheinlich rechtswidrig erfolgt..., ohne objektive Preisermittlung und erscheint im Zusammenhang mit »Spenden« von Anteilskäufern an die Stadt zusätzlich in kritischem Licht... Mit dem Anteilsverkauf hat die Stadt eine Steuermöglichkeit in energiewirtschaftlichen Fragen aus der Hand gegeben. Die rechtliche Fragwürdigkeit des Anteilsverkaufs wirft die Frage auf, ob ertückabgewickelt werden kann... Im Falle meiner Wahl, werde ich dies prüfen lassen.

Bahn-Streckenstilllegungen in Brandenburg:

Wettbewerb auf dem Abstellgleis

Pünktlich zur Europäischen Woche der Mobilität baut die Landesregierung erneut Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Brandenburg, insbesondere im ländlichen Raum, ab. Mit den nun beschlossenen Streckenstilllegungen und Ausdünnungen der Fahrpläne droht der Entwicklung der peripher gelegenen Räume Brandenburgs das Abstellgleis. Dabei verspielt die Landesregierung in der Finanzierung des Bahnverkehrs wichtige Chancen, indem sie fast ausschließlich bei Privatbahnen spart. In den Bilanzen der Privatanbieter ist zu erkennen, daß sich diese Unternehmen durch beispielhafte Kundenorientierung und den effektiven Einsatz der Finanzmittel auszeichnen. Doch das scheint in der Landesplanung keine Rolle zu spielen. Der Wettbewerb auf der Schiene wird kontinuierlich ausgebremst. Anbietern wie der Prignitzer Eisenbahn, der Ostdeutschen Eisenbahn und der Niederbarnimer Eisenbahn, die den Kunden durch geschicktes Marketing und profitable Strategien auch in den dünn besiedelten Räumen Brandenburgs attraktive Angebote machen, droht das schrittweise Aus. Das Verkehrsministerium verweist bei den beschlossenen

Stilllegungen und Taktausdünnungen auf die geringen Fahrgastzahlen. Ziel muß es doch sein, auch in den ländlichen Räumen mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, Bahn zu fahren. Das ist sicher nicht zu erreichen, indem durch Taktausdünnungen das Angebot verschlechtert wird. So ist absehbar, daß immer mehr Menschen der Bahn den Rücken kehren und auf das Auto umsteigen. Studien zufolge steigt nach der Stilllegung einer Bahnlinie nur ein sehr geringer Teil der Kunden auf den Bus um. Die Mehrzahl fährt wieder Auto.

CORNELIA BEHM, Agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Grüne



Agro-Gentechnik: Schuß in den Ofen

Eberswalde (cr). Der Stadtverband der Linkspartei.PDS Eberswalde startete am 27. September die neue Veranstaltungsreihe »Roter Faden«. In regelmäßigen Abständen werden unterschiedliche gesellschaftspolitische Themen beleuchtet und diskutiert. Den Anfang machte die Veranstaltung »Gentechnik – Wunderwaffe oder Schuß in den Ofen?«.

Thomas Janoschka vom Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik stellte in seinem Vortrag die Vor- und Nachteile gentechnisch veränderter Pflanzen vor. Er engagiert sich bereits seit Jahren für die Gentechnikfreiheit. Speziell in Brandenburg sei das auch nötig, denn die meisten Genmais-Flächen (ca. 442 Hektar) werden in unserem Bundesland bewirtschaftet (nähere Informationen: www.gentechnikfreies-brandenburg.de).

Warum das so ist, liegt laut Janoschka vor allem am Eberswalder Konzern Märka, welcher mit Saatgut und Erntegut handelt. Die Märka mache bei Brandenburger und anderen ostdeutschen Landwirtinnen und Landwirten gezielt Werbung für den Einsatz von gentechnisch verändertem Mais. Sicher ist der Genmais allerdings nicht. »Koexistenz ist gar nicht möglich, weil es so viele Punkte gibt, wo es zu Vermischungen von transgenem und gentechnikfreiem Material kommen kann«, so Janoschka weiter.

»Man könnte die Koexistenz vielleicht hinkriegen. Dann bräuchte man aber so viele Kontrollen, daß die Produktion unbezahlbar wird«, führte der Redner in seinem Vortrag aus.

Die anschließende Diskussion zwischen den ca. zwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern verlief kontrovers und spannend. Gekommen waren Genossinnen und Genossen der Linkspartei, aber auch Studentinnen und Studenten der Fachhochschule, sowie andere interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Eberswalde und Umgebung. Daniel Fischer von der Studentengruppe GENug führte aus, daß sich Märka durchaus der Diskussion stellen würde. Seiner Studentengruppe habe der Konzern schon einen Besuch in Aussicht gestellt.

»Die Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, welche wir nicht brauchen. Es gibt zwar einige Vorteile, aber die wahrscheinlichen Nachteile wie Superunkräuter, Gesundheitsschäden für Mensch und Tier, sowie neue Abhängigkeiten für Bäuerinnen und Bauern wiegen so stark, daß die Agro-Gentechnik konsequenterweise abzulehnen ist«, meinte Christian Rehmer von der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim. »Die Linkspartei tritt bei diesem Thema aber nicht geschlossen auf. Die Bundestagsfraktion ist gegen die Gentechnik, in MeckPom wird aber transgener Raps angebaut!«, bemerkte ein Teilnehmer.

Flugplatz Finow:

Berlin zog Reißleine

Die Stadt Eberswalde, Gemeinde Schorfheide und der Kreis wollen am Projekt Flughafen Finow mit 85 Tonnen Startmasse im Tag- und Nachtflug festhalten, hieß es in einer Pressemitteilung. Berlin zog mit einem Abgeordnetenbeschluss dagegen völlig berechtigt die Reißleine. Wir von der Bürgerinitiative »Gegen den Ausbau des Flugplatzes« schrieben deshalb dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Wowereit, einen Brief:

Die von den hiesigen Kommunalverwaltungen und einiger lokalpolitischen Protagonisten geäußerte Empörung über den Abgeordnetenbeschluss von Berlin wird von den Anwohnern nicht geteilt. Viele Eberswalder Bürger begrüßen das klare Nein aus Berlin zum Flughafenbau in Finow. Unter den Anwohnern in Eberswalde gibt es keine Akzeptanz für die jetzigen Flughafenpläne des privaten Betreibers (WVZ) Wirtschafts- und Verkehrszentrum Finow GmbH & Co. KG einen Konkurrenzflughafen zu Berlin mit einer Kapazität von einer Million Passagieren auszubauen. Der Flughafen BBI hat gerade Baurecht erlangt und ringt um Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig gefährdet der Landeplatz Finow mit Planungen für Low Cost Carrier das BBI Vorhaben.

Die Bemühungen des privaten Betreibers (WVZ) sind im Grund genommen lächerlich, wenn man das vom Land Brandenburg in Auftrag gegebene Gutachten über Flugplätze im Land liest. Zu Finow gab der Gutachter, Prof. Cezanne, den Hinweis: Der beabsichtigte Ausbau zu einem Regionalflughafen ist unrealistisch. Flughafenplanungen sind Ländersache und im Falle der Länder Berlin und Brandenburg gibt es eine gemeinsame Landesplanung. Die Entscheidung des Abgeordnetenhauses Berlin ist die geeignete Antwort auf die unsinnigen Flughafenplanungen in Finow.

THOMAS GILLES,

BI »Gegen den Ausbau des Flugplatzes Finow«

Neues Herangehen der FH

Studie zur regionalen Metallbranche

Eberswalde (wito). Wie steht es um die Konkurrenzfähigkeit regionaler Metallunternehmen wenn es um Leistungstiefe und -fähigkeit geht? Wie können die regionalen Potentiale optimal ausgeschöpft werden? Ein Maßstab dafür wurde in einer von der WITO Barnim beauftragten Studie von der Fachhochschule Eberswalde ermittelt. Prof. Jörn Mallok untersuchte dazu 25 metallverarbeitende Betriebe im Raum Eberswalde. Im Ergebnis der Studie ist erstmals eine konkrete Einordnung regionaler Unternehmen in Bezug auf Produktivität, Auftrags- und Beschäftigungszahlen, Einkaufsvolumen und insbesondere auf Vergabeverhalten im deutschlandweiten Markt möglich. Die Lückenschließung in Wertschöpfungsketten kann nun gezielt angegangen werden.

»Senat und Minister entscheiden allein«

SPD-Veranstaltung zu neuen Entwicklungen beim Flugplatz Finow und zur Verkehrsinfrastruktur

Am 26. September organisierte der SPD-Ortsverein Finow einen öffentlichen Informations- und Diskussionsabend über neue Entwicklungen beim Flugplatz Finow und zur umliegenden Verkehrsinfrastruktur. Als Gäste waren die beiden Geschäftsführer des Verkehrslandeplatzes Finow, Reinhard Otto (Wirtschafts-Verkehrs-Zentrum Finow GmbH & Co. KG), und Reinhard Wolk (Finow Tower GmbH) sowie der SPD-Bürgermeisterkandidat Thomas Engel eingeladen. Von Gegnern des Flugplatzes wurde die Veranstaltung nicht wahrgenommen, so daß keine kontroversen Diskussionen zustande kamen.

Der WVZ-Geschäftsführer erläuterte, daß der Verkehrslandeplatz Finow ein im Aufbau befindlicher Regionalflughafen ist mit einer Fläche von 340 ha (240 ha Flugbetrieb, 100 ha Logistik und Gewerbe). Der derzeit jährliche Bedarf liegt bei 200.000 Passagieren. Avisiert wird eine Tonnageerhöhung auf 85 Tonnen Startlast. Dies entspricht dem Gewicht einer Boeing 737. Zwei auf dem Gelände befindliche Luftfahrtunternehmen nutzen die Vorteile des aufgrund der bestehenden Betriebsgenehmigung möglichen 24-Std-Betriebs sowohl für Organtransporte als auch für Arbeitsflüge in den Bereichen Vermessung und Umwelt-Überwachung. Reinhard Otto prognostiziert für die nächsten zehn Jahre ein Aufkommen von einer Million Passagieren pro Jahr. Dies würde 20 Starts und Landungen von Linienflugzeugen am Tag entsprechen. Aufgrund der europatypischen Entfernungen über wenige Zeitzone ergebe sich hieraus kein planmäßiger Nachtflugbedarf zwischen 0 und 5 Uhr. Otto betonte, daß der Flugplatz Finow in Zukunft einen großen Nutzen für die Region und das Land Brandenburg bringen wird. Deshalb wurde er auch als Schwerpunktprojekt der Stadt Eberswalde ausgewiesen. Zudem sei er als einziger Flugplatz Deutschlands im Europäischen Kooperationsprojekt EUROPLANE und gleichzeitig im europäischen Wirtschafts- und Verkehrskonzept European Airlink Ass. vertreten.

Das Raumordnungsverfahren zur Flugplatzentwicklung, so Otto weiter, wurde am 23. März 2006 eröffnet. Vor einigen Wochen hatte sich das Berliner Abgeordnetenhaus gegen den Ausbau des Flugplatz Finow ausgesprochen, weil befürchtet wurde, daß eine Konkurrenzsituation entsteht, die sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg-International auswirken könnte.

Dieser Beschluß verstoße gegen das Europäische Wettbewerbsrecht und sei für die Planungen deshalb irrelevant, weil der Berliner Senat nicht daran gebunden sei. Die Gefahr, daß eine Konkurrenzsituation mit dem BBI entstehen könnte, basiert vielmehr auf falschen Annahmen. Berlin und Brandenburg haben eine gemeinsame Landesplanung. Dienstherren seien allein der Berliner Senat und das Brandenburgische Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung. Mitte nächsten Jahres wird mit einem positiven Abschluß des Raumordnungsverfahrens gerechnet. Im Anschluß könnte das Planfeststellungsverfahren beginnen.

Reinhard Otto unterstrich, daß beim Flughafen BBI für die Schaffung eines jeden neuen Arbeitsplatzes etwa 50.000 Euro investiert werden sollen, während beim Flugplatz Finow dafür kein einziger Euro an öffentlichen Fördermitteln aufgebracht werden müßte. Auch in Zukunft sei der Verkehrslandeplatz Finow im Laufe seiner Entwicklung nicht auf öffentliche Gelder angewiesen. Bei einem jährlichen Verkehrsaufkommen von 1 Million Passagieren könnten etwa 500 Arbeitsplätze am Flugplatz direkt und zusätzlich das dreifache davon in der Region nachhaltig geschaffen werden. Weniger Erwerbslose durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze würde für die sozialen Leistungen geringere Aufwendungen aus den öffentlichen Kassen bedeuten. Weitere Vorteilswirkungen für die Region wären zusätzliche Einnahmen durch Unternehmenssteuern.

Aus dem Publikum kam die Frage, ob die Gleisanbindung des Flugplatzes sinnvoll und technisch möglich wäre. Herr Wolk, Geschäftsführer der Finow Tower GmbH, bejahte dies, räumte jedoch ein, daß dieses Vorhaben nicht prioritär behandelt wird und deshalb auch nicht Gegenstand des laufenden Raum-

ordnungsverfahrens sei. Ein Bedarf dürfte erst bei einem jährlichen Aufkommen von 300.000 Passagieren gegeben sein. Grundvoraussetzung für positive Entwicklungen beim Flugplatz Finow hingegen sei eine gute Verkehrsinfrastruktur. Deshalb sollte eine Verbesserung der Straßeninfrastruktur, so die Anbindung des Flugplatzes an die B 167 und an die A11, zeitnah erfolgen. Vor diesem Hintergrund begrüßte er die Vorschläge der SPD Finow, den Flugplatz und das Gewerbegebiet in Finowfurt um den Real-Markt an eine ausgebaute Biesenthaler Straße (»Telekomstraße«) und damit auch an die zukünftige B 167 anzubinden. Wolk betonte, daß die Flugplatzinfrastruktur und die Planungen aus privaten Mitteln bestritten werden, während die öffentliche Hand die Verkehrsanbindungen zur Verfügung stellen sollte.

Anschließend meldete sich der SPD-Bürgermeisterkandidat Thomas Engel zu Wort. Er habe den Eindruck, sagte er, daß unter den Bürgerinnen und Bürgern die Akzeptanz und das Interesse am Flugplatz Finow wachse. Die Chance auf Schaffung von 2.000 Arbeitsplätzen müsse jetzt genutzt werden. Die private Initiative der Flugplatzbetreiber und der auf dem Gelände ansässigen mittelständischen Firmen sollte mit öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur tatkräftig unterstützt werden. Ganz besonders hierfür müsse ein Stadt-Umland-Vertrag zustande kommen. Die Stadt Eberswalde und die Gemeinde Schorfheide sollten alsbald gemeinsame Planungsvorbereitungen für den Flugplatz beginnen.

Anfang des nächsten Jahres wird eine weitere Diskussion zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Landkreis Barnim stattfinden. Als Gast konnte bereits der Staatssekretär Reinhold Dellmann (SPD), gewonnen werden.

Dr. ANDREAS STEINER, SPD Finow

Ehrenamtliche würdigen

Eberswalde (prest-ew). Die Arbeitsgruppe Ehrenamt und die Beauftragte für soziale Angelegenheiten der Stadt Eberswalde Barbara Ebert rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf bis zum 30. Oktober engagierte Menschen für eine Auszeichnung vorzuschlagen. Die einmal jährlich stattfindende Ehrung von Eberswalderinnen und Eberswaldern, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren ist bereits zur Tradition geworden. Die schriftlichen Vorschläge können im Rathaus bei Barbara Ebert (Zi. 212) abgegeben oder per Post geschickt werden (Beauftragte für soziale Angelegenheiten Barbara Ebert, Breite Straße 41-44, 16225 Eberswalde).

SPD-Finow und Ausbau der Telekomstraße

Nachdem die Finower SPD über Tausend Unterschriften für eine Instandsetzung der Telekomstraße sammelte und die Unterschriftenliste medienwirksam dem Kreis übergeben hat, wechseln jetzt die Sozis ihre Vorstellungen wie ein Chamäleon die Farbe. Klotzen für die Unternehmerinteressen ist angesagt. Die Telekomstraße soll nach ihren Vorstellungen für den Schwerlastverkehr ausgebaut werden. Bedient werden sollen damit ein gewaltiger Flughafen für 85-Tonnen-Flieger im Tag- und Nachtflug und ein Gewerbegebiet in Finowfurt. Kein Mensch kann ernsthaft glauben, daß ein Gewerbegebiet in Finowfurt über die Tele-

komstraße durch eins der schönsten Waldgebiete im Naturpark Barnim durch die Stadt Biesenthal mit Weg zur Autobahn erschlossen werden soll. Die Planung von Flughäfen ist zum Glück Ländersache und nicht Sache von »Blasen-Quatschern«. Was in unserem Lebens- und Wohnumfeld Finow passiert, geht in erster Linie uns Bürgern an. Wir werden ein gewichtiges Wort mit unseren Einwendungen gegen den Ausbau der Telekomstraße und gegen den Ausbau des Flughafens Finow mitreden. Das überlassen wir nicht Parteien und wenig begabten Kommunalpolitikern vom Stile der SPD.

THOMAS GILLES

Wahl von Bergmann wurde beanstandet Neue Linke Barnim

Drei Stimmen fehlten bei Wahl des stellv. StVV-Vorsitzenden zur gesetzlichen Mehrheit

Eberswalde (bbp). Bereits zum zweitenmal in diesem Jahr mußten die Eberswalder Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 21. September eine Neuwahl des 3. Stellvertreters des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung bestreiten. Wie sich nun herausstellte, war es nicht das letztemal.

Im Frühjahr war die CDU-Abgeordnete Uta Behr als Nachfolgerin des FDP-Abgeordneten Dr. Siegfried Adler in das Amt gewählt worden. In der Sommerpause verkündete Behr, daß sie ihr Mandat als Stadtverordnete niederlegt. Offiziell wird ihr Rückzug aus der Eberswalder Politik mit ihrem Umzug nach Joachimsthal begründet.

Die CDU-Fraktion machte ihren Anspruch auf den dritten Stellvertreterposten durch die Kandidatur ihres ältesten Stadtverordneten, dem ehemaligen FH-Professor Joachim Hans Bergmann geltend. Als weiteren Kandidaten schlug Karen Oehler von der Fraktion Grüne/BFB ihren Fraktionsvorsitzenden Ingo Naumann vor. Bei der geheimen Wahl am 21. September erhielt Prof. Bergmann 16 Stimmen

und Ingo Naumann 13 Stimmen. Ein Stadtverordneter gab eine ungültige Stimme ab. Doch die Blumen und Glückwünsche nach der Wahl erwiesen sich für den CDU-Stadtverordneten als zu früh. Wie nach der StVV-Sitzung festgestellt wurde, reichten die 16 Ja-Stimmen, über die sich der Professor freuen konnte, für seine Wahl als stellvertretender StVV-Vorsitzender nicht aus. Nach § 48 der Brandenburgischen Gemeindeordnung ist für die Wahl eine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung notwendig. Der StVV Eberswalde gehören 36 Stadtverordnete an. Für die Mehrheit werden demnach die Stimmen von 19 Stadtverordneten benötigt. Dem CDU-Stadtverordneten fehlten also 3 Stimmen. Erst in einem zweiten Wahlgang hätte die einfache Mehrheit ausgereicht.

Der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann hat daraufhin am 27. September die Wahl beanstandet. Wie Landmann mitteilte, soll die Wahl des 3. Stellvertreters des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung in der StVV am 26. Oktober wiederholt werden.

Am 22. September traf sich die Gemeinsame Arbeitsgruppe Neue Linke Barnim zu ihrer vierten Beratung. Es nahmen teil: Marcel Arnold, Ulrich Brasdat, Rainer Heenemann, Günter Klaue, Kurt Nobst, Dr. Heinz Schäfer, Harald Schuster und Dr. Helmut Steinbach. Entschuldigt waren: Torsten Duckert, Günter Hildebrandt und Veiko Kunkis. Es wurde über Diskussionsthemen beraten, zu denen empfohlen wird, im Zusammenhang mit den ab Ende Oktober vorliegenden Entwürfen der Gründungsdokumente (Programmtext) der Neuen Linkspartei in den Basisgruppen zu diskutieren. Diese Diskussionsthemen sollten den Basisgruppen über Internet und auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden, so die Empfehlung an den Kreisvorstand der Linkspartei.PDS und die entsprechenden Gremien von WASG und DKP. Zugleich wurde darauf orientiert, daß in den Basisgruppen die Entwürfe von Statut, Finanzrichtlinie und Parteinamen, die ebenfalls ab Ende Oktober vorliegen werden, diskutiert werden.

Zur nächsten Beratung, die am 20. Oktober um 18 Uhr in Biesenthal stattfindet, werden u.a. zwei Papiere vorbereitet; zum einen zum Vergleich des 1. und 2. Entwurfs der »*Programatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei...*« (H. Steinbach) und zum anderen zur Frage, was unter demokratischem Sozialismus als Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaft zu verstehen ist und wie er erreicht werden kann. Desweiteren sollen darin Positionen zu anderen Zielvorstellungen, z.B. der Ausgestaltung des existierenden bürgerlichen Sozial- und Rechtsstaates bezogen werden (G. Klaue).

Dr. HEINZ SCHÄFER

Eltern treffen sich zum Plaudern

Unter diesem Motto treffen sich alle 14 Tage, jeweils am Donnerstag von 10 bis 12 Uhr, Eltern im Bürgerzentrum Schorfheidestraße 13, um miteinander zu plaudern und Erfahrungen auszutauschen. Wer von den Eltern Zeit und Lust hat, backt einen Kuchen und in zwangloser Atmosphäre wird über dies und jenes geredet.

Während der ersten Treffen wurde durch die Eltern eine Liste von Themen erstellt, die sie interessieren. Hierzu werden kompetente Gesprächspartner/Innen eingeladen, die entsprechende Auskünfte zu Familie, Erziehung u.v.m. geben können. Am 18. Mai beantwortete z.B. Frau Kaplick von der Erziehungs- und Beratungsstelle Buckow e. V. allgemeine Erziehungsfragen, am 29. Juni wurden durch Frau Tholl (Studentin Sozialpädagogik) »*Elternbriefe*« vorgestellt und am 27. Juli wurden alternative Spielideen (Spiel mit Alltagsgegenständen) durch Frau Müller von der Lokalen Agenda 21 Eberswalde e.V. und Frau Sprengel vom Kontaktbüro Soziale Stadt den Eltern nahe gebracht. »*Gewaltfreie Erziehung*« war das Thema eines weiteren Treffens, zu dem Frau Kaplick Hinweise und Anregungen gegeben hat. Am 21. Septem-

ber stand Herr Baumbach vom Arbeitslosen-Service Rede und Antwort zum Thema »*ALG II – Was ist alles neu?*«. Vierzehn Tage danach gab Frau Jakobi von der Johanniter-Unfall-Hilfe Tips zur »*Ersten Hilfe am Kind*«.

Weitere Themen sind am 19. Oktober »*Streß und Streßbewältigung*« mit Herrn Müller von der Erziehungs- und Familienberatungsstelle, am 2. November »*Tiere in der Familie – Welches Tier paßt zu uns?*«, am 16. November »*Sprachentwicklung des Kindes*«, am 30. November »*Adventsbasteln*« (Material sammeln und mitbringen!) und am 14. Dezember »*Schuldenfalle – Was tun?*« (Schuldnerberatung/Verbraucherzentrale).

Alle interessierten Eltern sind herzlich eingeladen zu den Treffen zu kommen, denn in entspannter Runde Informationen zu erhalten kann nie verkehrt sein. Die Kinder können selbstverständlich mitgebracht werden.

*CORNELIA SPRENGEL,
Quartiersmanagerin, Kontaktbüro Soziale Stadt*



Der Abriß von Wohnhäusern im Brandenburgischen Viertel wird von sozialen Maßnahmen begleitet. Dazu gehört auch die Organisation von Elterntreffs.

Bürgerstiftung eigenständig

Eberswalde (bbu). Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark ist nun eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Die bisher unselbständige Stiftung wurde seit 2003 durch die Amadeu Antonio Stiftung treuhänderisch verwaltet. Auf der Versammlung der Stifterinnen und Stifter am 8. Juni wurde die rechtsfähige Stiftung errichtet. Mit der Anerkennung der Stiftung durch das Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg am 3. Juli hat eine neue Phase der Stiftungstätigkeit begonnen.

Dem neu gewählten Stiftungsvorstand gehören an: Prof. Dr. Viktoria Enzenhofer (FH Eberswalde), Gerhard Popien (Studienrat), Hans-Jürgen Klinder (Leiter Polizeischutzbereich Uckermark), Susanne Meyer (Designerin), Friederike Creutziger (Dipl.-Agr.), Johanna Funk (Studienrätin) und Michael Ahlers (Regionalmanager). Der Vorstand wird durch einen dreiköpfigen Stiftungsrat unterstützt, dem Uta Leichsenring (Polizeipräsidentin a.D.), Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung) und Christian Petry (Geschäftsführer der Freudenberg Stiftung) angehören.

Seit mehreren Monaten arbeitet die Stadtverwaltung Eberswalde unter dem Titel »Eberswalde 2020« an der Fortschreibung des 1997 beschlossenen Leitbilds für die Entwicklung der Stadt Eberswalde. Ziel ist, der StVV Eberswalde Anfang 2007 den Entwurf eines neuen Leitbilds zur Beschlußfassung vorzulegen, der die Handlungsgrundlage für nahezu alle Bereiche städtischer Entwicklung in den kommenden Jahren bilden soll.

Veranlaßt wurde die Initiative zum einen durch einen Beschluß der Stadtverordneten vom Januar 2006, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten, andererseits, und das dürfte schwerer wiegen, durch Beschlüsse der Landesregierung, ihre Förderpolitik insbesondere im Bereich der Wirtschafts-, Städtebau- und Strukturförderung entsprechend dem Motto »Stärken stärken« neu auszurichten.

Was soll das Leitbild leisten?

Der von der Stadtverwaltung an das neue Leitbild gerichtete Anspruch ist, eine grundsätzliche und verbindliche Antwort auf die Frage zu formulieren, wie sich die Stadt Eberswalde in den kommenden Jahren weiter entwickeln will. Das neue Leitbild soll darstellen, welches Profil sich die Stadt insbesondere nach außen geben will, wie Eberswalde mit den Folgen des demografischen Wandels umgeht, wie sie sich die Entwicklung einzelner Stadt- und Ortsteile vorstellt, und wie die Stadt ihre Beziehungen zu den in der Stadt lebenden und/oder arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern gestalten will. Unter setzt werden soll das Leitbild durch ein Bündel von Schlüsselprojekten, deren Umsetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt oberste Priorität haben.

Beginn öffentlicher Diskussion

Ein erster Arbeitsstand des Leitbild-Entwurfs wurde am 30. August im Rahmen der Auftaktkonferenz im »Haus Schwärzetal« zur Diskussion vorgelegt. In vier Arbeitsgruppen bestand für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Vertreter aus Wirtschaft, Vereinen und Verbänden die Möglichkeit, erste Bewertungen des Arbeitsstandes in den Leitbild-Bereichen »Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Bildung«, »Tourismus-(Bau)Kultur-Umwelt und Natur«, »Stadtstruktur-Wohnen-StadtRegion« sowie »Miteinander leben-Identifikation-Lebensqualität« vorzunehmen und hierbei auch Vorschläge und Hinweise einzubringen. Im Ergebnis der auf durchaus hohem Niveau und z.T. sehr kontrovers geführten Diskussionen hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, die gebildeten Arbeitsgruppen weiter zu führen, wobei die nächste Diskussionsrunde am 9.11.2006 ab 17.00 Uhr im Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel stattfinden soll. Darüber hinaus veröffentlicht die Stadtverwaltung zusätzlich zum Leitbild-Entwurf auch die Diskussionsergebnisse der Auftaktveranstaltung auf der Homepage der Stadt veröffentlichen (www.eberswalde.de).

Stadt am Scheideweg

Zum Stand der Leitbild-Diskussion »Eberswalde 2020«

Die Agenda-Foren – Unterstützung oder Gegenveranstaltung?

Parallel zu und unabhängig von dem von der Verwaltung angeschobenen Diskussions-Prozess hatte sich die »Lokale Agenda 21 Eberswalde« entschlossen, öffentliche Podiumsdiskussionen zu den aus ihrer Sicht zentralen Handlungsfeldern »Wirtschaft«, »Bildung« und »Lebensqualität« durchzuführen. Zunächst durch eine Nicht-Öffentlichkeit der von der Stadt geführten Leitbild-Diskussion konzipiert, verstehen sich diese Foren inzwischen als Ergänzung und Begleitung des Prozesses, getragen von der Motivation, die Bürgerschaft zu mehr aktiver Einmischung zu ermutigen. Inhaltlich haben die beiden ersten Foren (am 6. und am 20. September) eine Fülle von Hinweisen und Vorschlägen zur Leitbild-Entwicklung ergeben. Nach Auskunft des Vorstands der Lokalen Agenda Eberswalde sollen diese der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werden.

Was fehlt dem neuen Leitbild?

Wenn man den aktuellen Diskussions- und Arbeitsstand unter der Fragestellung »Was fehlt?« kritisch beleuchtet, fallen mehrere Gesichtspunkte ins Auge, die in den Diskussionen der kommenden Monate ein deutlich größeres Gewicht erhalten sollten.

1. Mehr Bürgermitwirkung muß sein

Sowohl in der aktuellen Erarbeitung als auch in der geplanten Umsetzung des Leitbilds über Schlüsselprojekte kommen die Bürger eher als Objekt vor, für den etwas getan wird, denn als Subjekt, mit dem gemeinsam die Stadt weiter entwickelt werden soll. Zur städtischen Auftaktveranstaltung und in den Agenda-Foren wurde dies deutlich kritisiert. Zum einen, weil das eine bei vielen ohnehin vorhandene Bereitschaft zum Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben und der Mitverantwortung für die Entwicklung der Stadt unterstützt, zum anderen, weil sie unterschwellig eine Kultur der Bevormundung fördert. Ungeachtet der organisatorischen und methodischen Probleme, die sich natürlich ergeben, wenn große Teile der Bürgerschaft in wichtige Entscheidungen aktiv einbezogen werden sollen, muß diese Kritik aufgenommen und die Kommunikation mit der Bürgerschaft nachhaltig ausgebaut werden.

Die Entscheidung der Stadtverwaltung, das Medium Internet hierfür stärker zu nutzen, ist in diesem Zusammenhang ein erster Schritt.

Anzumerken ist hierbei natürlich, daß neben der Stadtverwaltung auch der politische Raum und andere gesellschaftliche Kräfte sowie die örtlichen Medien in der Verantwortung stehen, in der weiteren Entwicklung der Stadt Eberswalde deutlich aktiver den Dialog mit dem Bürger zu suchen.

2. Das Leitbild braucht Strahlkraft nach innen

In den Diskussionen mit der Stadtverwaltung, aber auch im Entwurf selbst ist zu bemerken, daß das Leitbild primär als Anlage zum Antrag auf Fördermittel verstanden wird. Der Adressat ist also die Landesregierung und weniger die Bürgerschaft der Stadt Eberswalde. So verständlich eine solche pragmatische Herangehensweise auf den ersten Blick scheinen mag, muß man doch feststellen, daß Sprache und Haltung, in der der Entwurf geschrieben ist, einige wichtige Funktionen, die das neue Leitbild für die Identifikation der Eberswalder mit ihrer Stadt haben könnte, nicht erfüllt.

In einer Phase, in der sich vor dem Hintergrund von demografischem Wandel, Abwanderung und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit viele Einwohnerinnen und Einwohner die Frage stellen, wohin sich die Stadt entwickelt, in der also eine Suche nach »Sinn« und »Lebensperspektive« stattfindet, muß ein neues Leitbild deutlich machen, daß die Stadt ihre Bürger braucht, um sich erfolgreich zu entwickeln.

3. Das Leitbild braucht ein schärferes Profil

Ein zentrales inhaltliches Manko des Leitbild-Entwurfs kann darin gesehen werden, daß ihm der Mut zur klaren Positionierung fehlt. Quer durch alle Leitbild-Bereiche wird stattdessen der Versuch gemacht, »nichts und niemanden zu vergessen«, d.h. aber auch, den Konflikt mit der einen oder anderen Interessengruppe erst mal zu vermeiden. Mag dies mit Blick auf den Zugang zu aktuellen und künftigen Fördertöpfen auch einleuchtend erscheinen, ergibt sich andererseits das Risiko, daß, ähnlich wie beim Leitbild von 1997, der Eindruck von Unentschlossenheit oder Beliebigkeit entsteht.

Legt man die im Rahmen der Auftaktkonferenz vielfach geäußerte Erwartung zugrunde, daß eine der wesentlichen Funktionen des neuen Leitbilds darin bestehen sollte, im Sinne aktiven Stadtmarketings die Position Eberswaldes im Wettbewerb der Kommunen um Investoren und zugungswillige Familien zu stärken, muß man dem genannten Eindruck entschieden entgegen wirken. Erreicht wird dies weniger durch einen griffigen Slogan als Überschrift für das neue Leitbild, als vielmehr durch die Formulierung von bereichsübergreifenden Entwicklungszielen sowie einer deutlichen Priorisierung der Leitbild-Bereiche, denen sich einzelne Entwicklungsziele z.B. im Bereich »Wirtschaft« oder »Stadtstruktur« unterordnen.

4. Leitbild braucht eine Zuwanderungsstrategie

Eine zweite inhaltliche Schwäche des vorliegenden Leitbild-Entwurfs besteht darin, daß er die in vielen Prognosen vorhergesagte Schrumpfung der Einwohnerzahl als »Gottesurteil« zu akzeptieren scheint. Sowohl im Rahmen der Auftaktkonferenz als auch in beiden bisherigen Agenda-Foren wurde dies kritisiert. Zum einen, weil es den Blick auf einige zeitna-

he Effekte des demografischen Wandels wie den schon in einigen Jahren eintretenden Fachkräftemangel verstellt, zum anderen, weil es die Erschließung bzw. offensive Weiterentwicklung wesentlicher Standortpotentiale wie der vor Ort vorhandenen Bildungsinfrastruktur oder dem potentiell vorhandenen hochwertigen und familien- bzw. generationengerechten Wohnumfeld nachhaltig behindert.

Nicht nur aus dem Umfeld der in Eberswalde lebenden Migrantinnen und Migranten kam der berechtigte Hinweis, daß Eberswalde sich im Interesse einer zukunftsfähigen Entwicklung aktiv um Zuwanderung bemühen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen muß. Vielfältige Vorschläge wurden dazu unterbreitet, von denen einige zu Schlüsselprojekten weiter entwickelt werden sollten.

5. Das neue Leitbild muß die Region mitdenken

Ein drittes inhaltliches Manko des aktuellen Leitbild-Entwurfs ist schließlich darin zu sehen, daß sich Eberswalde nicht als Bestandteil und Partner einer ganzen Region präsentiert, sondern durchgängig der von außen oft kritisierten »Festungsmentalität« treu zu bleiben scheint. Einschlägige Empfehlungen wie etwa die der Bertelsmannstiftung zur Entwicklung interkommunaler Kooperation und Vernetzung (<http://www.wegweiserdemographie.de/index.html>) wurden in keiner Weise aufgegriffen. Dies ist vor allem deshalb nicht akzeptabel, weil damit der Anspruch, »regionaler Wachstumskern« sein zu wollen, letzten Endes nicht erfüllt wird. Darüber hinaus werden neben den ohnehin schon bestehenden Konflikten sowohl mit Gemeinden im Umland als auch mit dem Landkreis neue Konfliktpotentiale geschaffen, deren Bearbeitung in den nächsten Jahren unnötig wertvolle Ressourcen in Form von Zeit, Geld und Personal verbrauchen könnte.

Eberswalde am Scheideweg

Faßt man das Gesagte zusammen, entsteht der deutliche Eindruck, daß sich die Stadt Eberswalde mit dem jetzigen Arbeitsstand des Leitbild-Entwurfs am Scheideweg befindet. Die zentrale Entscheidung, die in den nächsten Monaten vorzubereiten und zu treffen ist, bezieht sich dabei auf die grundlegenden Handlungsalternativen »Defensive – Auf Halten spielen« oder »Offensive – Entwicklung zulassen und fördern«. Der aktuelle Entwurf tendiert derzeit leider noch in Richtung Defensive.

Sollte es im Verlauf der kommenden Diskussionen jedoch gelingen, diesen Entwurf in Richtung der Vision einer Bürgerkommune weiter zu entwickeln, die klare Prioritäten setzt und die anstehenden Aufgaben offensiv als Chance begreift, sich andererseits aber auch dazu bekennt, Partner und Motor für die Entwicklung der Region Barnim-Uckermark zu sein, besteht die realistische Perspektive einer gelingenden Entwicklung, von der am Ende vielleicht nicht alle, aber zumindest doch sehr viele Menschen profitieren werden.

DIETER MÜLLER, Stadtverordneter
Die Linke.PDS, Arbeitskreis Leitbild Eberswalde

Sozialticket in Brandenburg – jetzt!

Brandenburg verfügt über ein gut ausgebauten Verkehrsnetz. Aktuell läuft es Gefahr, in strukturschwachen Regionen ausgedünnt zu werden. Fakt ist zudem: Es kann von immer weniger Erwerbslosen und Geringverdienern genutzt werden. Die im Rahmen des monatlichen Regelsatzes von 345 Euro im Arbeitslosengeld II eingerechnete Mobilitätsrate von 19 Euro für die Benutzung von Verkehrsmitteln reicht für die Abdeckung der tatsächlichen Kosten nicht aus. Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg ist es umso notwendiger, die Mobilität zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Nach den neuesten Plänen der Bundesregierung soll der »Mobilitätsanteil« im Regelsatz des ALG II ab 2007 gar auf 15 Euro reduziert werden. Ein Wahnsinn mit Blick auf die verkehrspolitischen Realitäten in Brandenburg.

Umso dringlicher ist es, die Forderung des ver.di-Landesbezirksvorstandes zur Einführung eines Sozialtickets in den vierzehn Landkreisen und vier kreisfreien Städten von Brandenburg jetzt unbeirrt und ohne Zeitverzug durchzusetzen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Sozialticket in Berlin bzw. seiner Wiedereinführung sollten dabei beachtet werden. Vielleicht empfiehlt sich sogar eine konzertierte Aktion. Denn wer weiß schon genau, ob das ohnehin »teure« hauptstädtische Sozialticket nicht von einer neuen Landesregierung wieder in Frage gestellt wird.

Es macht nur Sinn, die Aktivitäten auf der Ebene des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg zu koordinieren. Dort sollte umgehend eine Verständigung und Abstimmung mit allen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, einschließlich der Kirchen, erfolgen, um die knapp bemessenen personellen und finanziellen Ressourcen zur Durchführung der beabsichtigten landesweiten Kampagne für ein Sozialticket sinnvoll einzusetzen. Dazu sind Ideen und Kreativität sowie

vor allem die Solidarität der »Starken« erforderlich. Deshalb unsere Bitte an die ver.di-Mitglieder, insbesondere ihre Mandatsträgerinnen und -trägern auf allen Ebenen: Beteiligt Euch an dieser Kampagne innerhalb des DGB, setzt ein deutliches Zeichen nach Außen, daß die Gewerkschaften in den Regionen mit ihren Bündnispartnern die Interessenvertreter auch von sozial benachteiligten Menschen sind – und dies in einer Zeit, in der Hartz-IV-Betroffene fast jeden Tag zum medialen Feindbild der Nation und zum Einsparpotenzial erklärt werden. Wir fordern dagegen im ersten Schritt die Anhebung des ALG II auf einen armutsfesten Regelsatz von 420 Euro.

In Berlin und Brandenburg muß auf allen Ebenen eine bürgerfreundliche Sozial- und Kulturpolitik praktiziert werden, um den populistischen Rattenfängern von DVU, NPD und Märkischem Heimatschutz den Nährboden zu entziehen. Der Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und in vier Bezirksparlamenten von Berlin zeigt erneut, wie wichtig es ist, sich stärker den sozialen und kulturellen Belangen vor Ort zu widmen.

Der Brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) muß zu seiner Aussage »daß wir uns stärker um den vorsorgenden Sozialstaat kümmern müssen« auf der 2. Brandenburgerkonferenz des DGB am 16. Oktober in die Pflicht genommen werden. Er sollte zur Position der Landesregierung bezüglich der Einführung eines Sozialtickets befragt werden und sich zur Schaffung von organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen dafür bekennen. »ver.di – sozial und engagiert« muß täglich erlebbar sein. Auch darum geht es am bundesweiten Aktionstag des DGB und seiner Einzelgewerkschaften am 21. Oktober in Berlin.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des
ver.di-Landesbezirks-Erwerbslosenausschusses
Dr. ANDREAS STEINER, Vorsitzender
der AfA Barnim

Das Institut für Naturschutz und Nutztierökologie e. V.:

Schafe in der Stadt

Zwei Wochen lang, vom 25. September bis zum 7. Oktober, hielt sich die Schaf- und Ziegenherde des Instituts für Naturschutz und Nutztierökologie e.V. im Eberswalder Stadtgebiet auf einer Trollblumenwiese an der Bahnstrecke Eberswalde-Frankfurt/Oder auf. Durch die zunehmende Verbuschung der Fläche waren die unter Naturschutz stehenden Trollblumen (*Trollius europaeus*) mit ihren großen, auffallend gelben und kugeligen Blüten in ihrem Bestand gefährdet.

Die Schafe und Ziegen, die seit diesem Jahr die Feuchtwiese erstmalig beweiden, sollen durch ihren Verbiß das Verschwinden dieser und anderer gefährdeter Tier- und Pflanzenarten verhindern. Da der Saft der Trollblume

Entzündungen und Brennen im Rachen und Magen der Tiere hervorrufen kann, meiden die Vierbeiner diese Pflanze. Somit kann sich die gefährdete Art trotz oder gerade durch die Beweidung der Fläche in ihrem Bestand wieder erholen.

Im Anschluß an die Pflege dieser Feuchtwiese wanderte die Herde nach Stecherschleuse (OT von Niederfinow). Dort werden die Tiere dann bis zum Abschluß der diesjährigen Weideperiode eine Streuobstwiese beweiden, bevor sie die Wintersaison im Stall verbringen.

Nähere Informationen zu den Tieren oder zum Weideplan unter Tel. (03334)212217 oder eMail: info@inn-eberswalde.de.

CHRISTIAN GOHLKE

60 Jahre Nürnberger Urteile

Markus Wolf in Bernau

Am 20. September 2006 fand anlässlich des 60. Jahrestages der Urteilsverkündung im 1. Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß eine Diskussionsveranstaltung der Linkspartei.PDS Bernau mit Markus Wolf, damaliger Berichterstatter des Berliner Rundfunks, zu Prozeß und Urteil statt. Markus Wolf las aus seinen damaligen Einschätzungen, verwies einerseits auf das feige Auftreten aller Angeklagten, sogar Görings, sie hätten keinerlei persönliche Schuld, sondern es wäre für alle Verbrechen allein Hitler verantwortlich. Andererseits war schon damals zu spüren, daß einige Berichterstatter mit dem Prozeß die Auseinandersetzung mit dem Nazismus als abgeschlossen betrachteten und von nun an stärker an das Leid des deutschen Volkes durch Vertreibung, Erniedrigung usw. erinnerten.

Auch der beginnende Kalte Krieg blieb nicht ohne Einfluß selbst auf die Urteile. Obwohl noch im Frühjahr 1945 offizielle US-Dienststellen auf die schwere Schuld von Vertretern des deutschen Industrie- und Finanzkapitals und der Weimarer Bürokratie an der Machtergreifung des deutschen Faschismus verwiesen, endeten Prozesse wie z.B. gegen Schacht und Papen ohne Strafen. Trotzdem hat der Prozeß eine enorme Bedeutung für die Weltordnung bis in die heutige Zeit – erstmals hat ein internationales Tribunal Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit klar definiert und verurteilt und gegen die Hauptverantwortlichen, soweit sie noch lebten, schwerste Strafen ausgesprochen.

In der Diskussion wurde bedauert, daß solche Zeitzeugen wie Markus Wolf (83) immer älter werden und weniger werden, daß von Schulen und Universitäten zu wenig die Möglichkeiten genutzt werden, diese Zeitzeugen vor jungen Menschen berichten zu lassen.

Dr. HEINZ SCHÄFER

Naturgemäßer Schnitt von Obstbäumen

Im Garten der ÖkoLeA in Klosterdorf (bei Strausberg) wachsen mehrere Obstbaumsorten: Apfel, Birne, Pflaume und Süßkirsche. Alle Bäume warten geduldig auf einen Schnitt, der sie von überalterten Zweigen und zu dichtem Jungwuchs befreit. Wir wollen ihnen »zu Stamme« rücken und uns dabei auch ausführlich mit dem Warum und Wie des Beschneidens beschäftigen. Sie können dabei sein und am Sonnabend, dem 4. November, in der Zeit von 10 bis 18 Uhr Mathias Bartsch und Martin Webber beim Schnitt auf die Finger schauen. Der Teilnahmebeitrag beträgt 22,70 Euro, ermäßigt 13,10 Euro.

KATJA RESAGK

ÖkoLeA e.V., Hohensteiner Weg 3, 15345 Klosterdorf, Tel: 03341/35 939 30, eMail: info@oekolea.de, Internet: www.bildungswerk.oekolea.de

Wasser in Bürgerhand - W!B - Aktionsgruppe Barnim:

Dienstleistung und hoheitliche Aufgabe (1)

Im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde Nr. 12/2006 vom 2.10.2006 findet man im sog. informellen Teil auf Seite 12 eine ganzseitige Anzeige des ZWA Eberswalde. Unter der Überschrift »In Deutschland wird ab 2007 die Mehrwertsteuer 19% betragen. Welche Auswirkungen hat das auf die Wasserwirtschaft?« ist u.a. folgendes zu lesen: »Mehrwertsteuer in der Wasserwirtschaft. Trinkwasserbereich: Versorgung in der Regel durch Betriebe gewerblicher Art. Schmutzwasserbereich: hoheitliche Aufgabe.«

Dazu habe ich mir ein paar Gedanken gemacht und erlaube mir zu bemerken:

Sowohl die Trinkwasserversorgung als auch die Abwasserbeseitigung (nur diesen Begriff kennt das BbgWG) sind Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen. Bis zum Jahr 1996 war die Trinkwasserversorgung im Land Brandenburg sogar eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Das »pflichtig« wurde aber aus dem Gesetz gestrichen, übrigens weitgehend unemerkt. Damit wurde wohl der Begriff »Daseinsvorsorge« für die Trinkwasserversorgung de facto gestrichen. Beides sind (nur noch) Dienstleistungen! Die Kommunen können die Organisation und Erledigung der Dienstleistungen Dritten, etwa einem Zweckverband oder auch einem privaten Unternehmen übertragen. Diese fungieren dann als Dienstleister. Die damit verbundenen hoheitlichen Aufgaben sind nicht übertragbar, es sei denn, die kommunalen Gebietskörperschaften – Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlung, Kreistag – haben entsprechende, zulässige Beschlüsse gefaßt. In der Regel haben die Dienstleister, auch z.B. ein Zweckverband, keine hoheitlichen Befugnisse.

Für den ZWA Eberswalde, den der Landrat als »entstandene« Körperschaft des öffentlichen Rechts festgestellt hat, sind sowohl die Trinkwasserversorgung als auch die Abwasserbeseiti-

gung ihm übertragene Dienstleistungen, keine hoheitliche Aufgabe.

Der ZWA und auch andere Zweckverbände versuchen zwar immer wieder, teilweise erfolgreich, hoheitlich tätig zu werden. Dabei messen sie sich Kontroll- und Überwachungsaufgaben zu. Sie nehmen für sich das Recht in Anspruch, etwa im Rahmen sog. Anhörungen von ihren Auftraggebern Auskünfte zu verlangen. Wenn ihren Forderungen nicht entsprochen wird, dann eröffnen sie gar Bußgeldverfahren. Das alles sind jedoch hoheitliche Aufgaben, zu denen die Zweckverbände, also die Dienstleister, nicht befugt sind. Eine Satzung ist keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage.

Auf der Grundlage eines Kreistagsbeschlusses hat jedoch der ZWA Eberswalde eine hoheitliche Aufgabe übertragen bekommen. Er darf die eigenen Geldforderungen vollstrecken. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Forderungen zu Recht bestehen. Forderungen, auch z.B. für gar nicht erbrachte Leistungen, können geltend gemacht werden und sind bestandskräftig, wenn man ihnen nicht fristgerecht widerspricht. Niemand kann damit rechnen, daß sein Widerspruch aufschiebende Wirkung hat. Der ZWA gewährt diesen Aufschub in der Regel nicht und das Verwaltungsgericht macht mit. Es prüft in einem sog. Eilverfahren, nur »summarisch« und läßt den ZWA gewähren mit der Folge, daß der Bürger erstmal zahlen muß. Nur das ist wichtig! Der Bürger kann ja dann klagen, schließlich leben wir in einem Rechtsstaat (jedenfalls hört und liest man das überall). Ob er die Entscheidung des Gerichts noch erlebt und sein zuviel gezahltes Geld wiedersieht, steht auf einem anderen Blatt! Diejenigen, die ihre zu Unrecht gezahlten Erschließungs- und Anschlußkosten seit Jahren zurückerkarten, können davon ein Lied singen!

JOHANNES MADEJA

Waldesstille am Samithsee

Tief im Wald in dunklen Hainen
Liegt ein See, lang ausgestreckt.
Wer ihn sucht, muß gut sein auf den Beinen
Denn der Weg ist weit und sehr versteckt.

Hat man nach langem Suchen ihn gefunden,
Ist die Freude dann der schönste Lohn,
In des Tages späten Stunden
Oder in der Frühe schon.

Auf des Wassers Silberwogen
Schwimmen Schwäne hin und her.
Adler kommen angeflogen
Wie in einer Zaubermär.

Durch des Waldes dunkle Räume
Strahlt nur wenig Sonnenlicht.
Wie Vorzeiritriesen stehen Bäume
Aus uralter Erdgeschichte'.



An des Sees bewachs'nem Rand
Liegen alte Fischerkähne,
Versunken bis zur halben Wand,
Auf dem Grunde liegend.

Angler haben früher sie benutzt,
Die heute nicht mehr leben.
Drum sidn sie morsch und ungeputzt,
Auch umgekippt liegt einer dicht daneben.

Des Waldes Stille
ist geblieben
Die den See in ihrem
Kleid umhüllt.
Wer sie findet, der wird
beide lieben
Und ein Traum sich
ihm erfüllt.

KURT GEMPIN

Großer Mist in kleinen Schritten

Kanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, die beiden machen uns krank. Sie lassen das solidarische Gesundheitssystem verbluten. Ergebnis ihrer »Reform«: Ab April 2007 werden die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen voraussichtlich um 0,5 Prozentpunkte erhöht. Außerdem müssen die Kranken mit höheren Zuzahlungen rechnen. Wenn es jemals nach Wünschen der CDU/CSU zu einer Kopfpauschale für jeden Versicherten kommt, kostet es jeden bis zu 60 Euro mehr im Monat.

Ganz anders bei den Privatversicherten. Ihre Privilegien bleiben unangetastet. Die Lösung, die wir kleinen Leute von den Politikern fordern, lautet: Eine Versicherung für alle, statt jeder gegen jeden. Würden alle, Berufstätige, Arbeitslose, Rentner, Großverdiener und Selbständige, in eine Bürgerversicherung einzahlen, könnte der Beitrag von derzeit durchschnittlich 13,3 Prozent auf unter 9 Prozent gesenkt werden.

Na klar, Frau Merkel: Reiche leben gesund, Armut macht krank. Und an die Adresse von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt: Vor der

Wahl machte sie sich lauthals stark für eine Bürgerversicherung. Nach der Wahl tut sie jedoch das Gegenteil. Die Unternehmer werden entlastet, die Reichen wandern in die privaten Krankenversicherungen ab. Belastet werden die kleinen Leute. Es ist ein klarer Betrug an den Wählerinnen und Wähler.

Schlußfolgerung: Widerstand gegen den Abriß der Sozialen Krankenversicherung!

LOTHAR DANNER, Montagsdemo am 25.9.



Klarheit bei Tierpark-Spenden

Tierparkdirektor Dr. Hensch: »Die Informationen in der MOZ waren falsch«

Eberswalde (bbp). In ihrer Ausgabe vom 13. Januar 2005 informierte die Eberswalder Lokalausgabe der »Märkischen Oderzeitung« unter Bezugnahme auf Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch über die im Jahr 2005 geplanten Investitionen im Tierpark. Insgesamt seien Baumaßnahmen in Höhe von 510.000 Euro vorgesehen. Im Haushaltsplan für das Jahr 2005, der fünf Monate später beschlossen wurde, fand sich davon allerdings nichts wieder. Dennoch wurde am Jahresende eine Bilanz gezogen, die der Ankündigung vom Januar entsprach. Wie die MOZ am 14. Dezember 2005 schrieb, »investierte Hensch dank des hohen Spendenaufkommens 500.000 Euro, um Anlagen auf Vordermann zu bringen«.

Laut Auskunft von Tierparkdirektor Dr. Hensch (BBP 2/2006) wurden die Investitionen aus der Erbschaft Dr. Finger sowie durch Spenden eines seit Jahren bestehenden Tierpark-Fördervereins finanziert. Die Mittel aus der Erbschaft seien vor allem in die Sanierung des Sozialgebäudes geflossen, was laut MOZ 270.000 Euro kostete. Ein weiterer Teil der Erbschaft, die insgesamt 410.000 Euro umfaßt, solle im Jahr 2006 für den Bau eines Tigergeheges investiert werden. Nach diesen Informationen umfaßt der Anteil der Spenden an den Investitionen des Jahres 2005 einen Wertumfang von bis zu 230.000 Euro. Laut Spendenbericht für das Jahr 2005 gab es aber für Investitionen im Tierpark lediglich Spenden in Höhe von ca. 32.500 Euro (Tigeranlage und Untergrabe-

/Übergrabeschutz). Daraus ergibt sich eine Differenz von bis zu 197.500 Euro.

Auf der StVV-Sitzung im Juli nahm Tierparkdirektor Hensch dazu Stellung. Er stellte klar, daß es tatsächlich nur Spenden in der im Spendenbericht verzeichneten Höhe gegeben habe. Die Zeitungsmeldungen in der MOZ hingegen seien nicht nachvollziehbar. Der Umbau des Sozialgebäudes kostete insgesamt 282.500 Euro aus dem Nachlaß Dr. Finger. Davon wurden 110.000 Euro im Jahr 2005 und der Rest mit der Schlußrechnung im Jahr 2006 abgerechnet. Neben den 32.500 Euro Spenden konnte auf eine Zuweisung des Landkreises von 50.000 Euro für das Tigergehege und auf Haushaltsreste des Vorjahres in Höhe von 17.000 Euro für die Polarfuchs- und Marderanlage mit Abenteuerspiellandschaft zurückgegriffen werden. Außerdem gab es eine zusätzliche überplanmäßige Bewilligung in Höhe von ca. 30.500 Euro für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Vogelgrippe. Abgerechnet wurden hier allerdings nur 4.100 Euro für Quarantänerräume, für die eine Einnahme als Spende vermerkt worden ist, die sich im Spendenbericht nicht wiederfindet.

Einschließlich der erst 2006 abgerechneten Investitionen kommt man somit auf eine Summe von 416.000 Euro. Die Differenz zu der in der MOZ genannten halben Million kam wohl zustande, weil der agile Tierparkdirektor bei der Darstellung seines Engagements gegenüber der Presse »großzügig« aufrundete.

Bürgerhaushalt

Berlin (bbp). In Eberswalde diskutiert die Linkspartei.PDS am 18. Oktober im Rahmen ihrer Diskussionsreihe »Roter Faden« das Thema Bürgerhaushalt. In Berlin-Lichtenberg wird die direkte Mitbestimmung bei der Erstellung des kommunalen Haushaltes durch die Bürgerinnen und Bürger bereits seit einem Jahr erfolgreich praktiziert. »Die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger haben im Jahr 2005 mit viel Engagement und zahlreichen Vorschlägen das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung bei der Planung des Bezirkshaushaltes 2007 unterstützt«, sagt die Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich. Nahezu 90 Prozent der Vorschläge seien von der Bezirksverordnetenversammlung übernommen worden. »Diese hohe Quote spricht sowohl für die Qualität der Anregungen, als auch für den ernsten Willen des Bezirks, den Rat der Bürgerinnen und Bürger in allen Angelegenheiten des Gemeinwesens zu suchen.« Aufgrund der guten Erfahrungen soll es auch für das Jahr 2008 einen Bürgerhaushalt geben. In den sozio-kulturellen Zentren des Bezirks werden von Anfang Oktober bis Mitte November 2006 sogenannte Miniveranstaltungen durchgeführt, die vor Beginn der dezentralen Bürgerversammlungen Bürgerinnen und Bürger informieren und aktivieren sollen, ihre Vorschläge einzubringen. Ab 2008 sollen auch die Bauinvestitionen in Höhe von jährlich ca. 3,2 Millionen Euro in die Planungen des Bürgerhaushaltes einbezogen werden. Da hier eine längerfristige Bearbeitung erfolgt, waren die Planungen für das Jahr 2007 mit Beginn der Bürgerhaushaltsdiskussionen schon festgeschrieben. Mehr Informationen unter: www.brangsch.de/partizipation/ und www.buergerhaushalt-lichtenberg.de.

Freimaurer

Eberswalde (bbp). Nach Hans Mai, der dem Rotary-Club angehörte, und Reinhard Schulz, der sich dem Lions-Club hingezogen fühlte, steht auf der aktuellen Kandidatenliste für das Eberswalder Bürgermeisteramt mit Thomas Engel ein Vertreter der Eberswalder Freimaurerloge »Friedrich Wilhelm zu den drei Hammem«.

Wie die beiden anderen Vereine treten auch die Freimaurer für Humanität, Toleranz etc. ein. Allen ist ein Hauch von Exklusivität gemein und sie pflegen patriarchalische Strukturen. Lediglich bei den Lions sind neuerdings auch Frauen als Mitglieder zugelassen. In Wandlitz gründete sich in diesem Jahr sogar ein reiner »Damenclub«. Die in den USA erfundenen Rotarier und Lions sehen sich als Elite- und Lobbyvereine mit Wohltätigkeitsanspruch. Die Freimaurer stehen hingegen in der Tradition der Europäischen Aufklärung, haben aber den Ruf einer mysteriösen Geheimgesellschaft. Wie sich die Freimaurer selber sehen ist nachzulesen unter: <http://www.3wk.org/antworten/allgemeines.htm>.

Das geht nur ganz anders!

Schluß mit den »Reformen« gegen uns! Demonstration am 21. Oktober in Berlin

Stoppen wir gemeinsam am 21. Oktober 2006 die neoliberalen Interessensvertreter, die uns einreden wollen, es sei kein Geld da und gleichzeitig über die Privatisierung öffentlichen Vermögens und öffentlicher Leistungen die Staatsfinanzen in den Keller fahren. Stoppen wir mit möglichst allen betroffenen und noch nicht betroffenen Menschen, die Verletzung des Grundgesetzes, indem die sog. Arbeit»geber« keine Arbeit mehr geben und nur noch Gewinne abkassieren. Das Grundgesetz behauptet »Eigentum verpflichtet«, deshalb müssen sie zahlen. Stoppen wir, Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam, den Lohnraub, diese Teufelsspirale in die Armut, indem wir alle Mindestlohnkampagnen und die Erhöhung des ALG II unterstützen.

Setzen wir uns hier durch, wird der Weg frei für unsere Forderung nach einem Mindestlohn

von 10 Euro die Stunde. Zwingen wir das Kapital zu zahlen, also für die Folgen der Erwerbslosigkeit aufzukommen, ist eine Regelsatzerhöhung auf 500 Euro leicht finanzierbar. Zwingen wir die Unternehmen, Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, müssen sie neue Arbeitsplätze schaffen, das läßt sich aus den Wirkungen der 35-Stunden-Woche erkennen.

»Demokratie bedeutet Einmischung in die eigenen Angelegenheiten«

Daniela Dahn, Schriftstellerin

Petitionen und Denkschriften werden nicht reichen um solche Reformen durchzusetzen. Den Herrschenden wird jede dieser Forderungen mühsam abgerungen werden müssen. Nötig ist politischer Druck: Sozialer Protest und der Aufbau von politischen Alternativen! Es ist an der Zeit: Das Grundgesetz fordert »Eigentum verpflichtet«, also müssen die Unternehmen und das Kapital auch zahlen, Weg mit Hartz IV, für Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung jetzt. Kostenfreie Bildung und Ausbildung, Gesundheit ist keine Ware! Großzügige Bleiberechtsregelung jetzt!

Schluß mit den »Reformen« gegen uns!

Bündnis 3. Juni (der Demonstration:
»Schluß mit den Reformen gegen uns!«)

Enkelmann trifft Ströbele

Die nächste Veranstaltung »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« findet am 22. Oktober im Bernauer »Treff 23« statt. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann wird in ihrer gewohnt charmanten Art mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Bundestag, Hans-Christian Ströbele, ganz nach dem Motto »Reden über Gestern – Heute – Morgen« plaudern. Die Talkrunde beginnt um 10 Uhr im Treff 23 auf dem Bernauer Kulturhof, Breitscheidstr. 43a.

BÄRBEL MIERAU,

Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann

Ökolandbau und Energie

Am 20. 10. um 19 Uhr hält Prof. Dr. Gerold Rahmann einen Vortrag zum Reizthema »Ökolandbau und Energieproduktion«. Dr. Rahmann ist Direktor des einzigen bundesdeutschen Institutes für ökologischen Landbau in Trenthorst (S-H). Das FAL-Institut befaßt sich seit seiner Gründung durch die damalige rot-grüne Bundesregierung mit diesen Fragen.

Vortrag und Diskussion finden statt in der »Alten Klosterschänke«, Am Amt 9, 16230 Chorin, direkt am Kloster.

Wg. der Straßenbauarbeiten sind die Umleitungen zu beachten. Wir bieten an, unsere Gäste von der Bahnstation Chorin abzuholen und wieder hinzubringen. Aus EW um 19 Uhr 10 in Chorin. Bitte Bedarf anmelden (Tel. 0172/3218639).

Kreisverband B90/Die Grünen und
LAG Landwirtschaft.

Informationen und Termine:

<http://bbp.aki-stuttgart.de/index.php/Hauptseite>

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseeestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Kroll (1), Markmann (6)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluß: 10. Oktober 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4.11.2006, 12 Uhr.

Mit dem Bus zur Demo

Eberswalde (cz). Der DGB Region Uckermark/Barnim bietet zur Teilnahme an der Demonstration gegen Sozialabbau am Sonntag, den 21. Oktober, in Berlin die Möglichkeit, mit dem Bus zur Demo und zurück zu gelangen. Abfahrtszeiten im Barnim sind: 9.30 Uhr, Busbahnhof Eberswalde und 10.15. Uhr Bahnhof Bernau.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
 Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseeestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)